

ZUSAMMENFASSUNG FRAUENPOLITISCHER AUSSAGEN
DER WAHLPROGRAMME DER LANDTAGSPARTEIEN
(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, AFD)
ZUR LANDTAGSWAHL 2022

Birgit Pfennig

GESCHÄFTSSTELLE DER LAGS KOMMUNALER GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTER Stand 28.03.22

Inhalt

Vorwort	2
CDU.....	3
SPD.....	11
Bündnis 90/Die Grünen	20
FDP.....	30
SSW.....	34
AfD.....	39

Vorwort

Liebe Leser*innen,

die hier zusammengestellten Aussagen (Zitate) der aktuellen Landtagsparteien sind von der Geschäftsstelle nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt worden und erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit oder Aktualität.

Hervorhebungen der Geschäftsstelle sind unterstrichene Textpassagen bzw. zusätzliche Stichworte in **blau**.

Zum Stichwort „Gleichstellungsbeauftragte“ ist in den Programmen der SPD, FDP und AfD folgendes zu finden:

SPD

„Wir wollen die Gleichstellungsbeauftragten auf Landesebene und in den Kommunen durch die Festlegung von Qualitätsstandards in Bezug auf personelle und sachliche Ausstattung, Eingruppierung und gegebenenfalls Freistellung unterstützen. Ab einer Einwohnerzahl von 10.000 oder einem vergleichbaren Aufgabengebiet müssen Gleichstellungsbeauftragte grundsätzlich hauptamtlich, in Vollzeit und mit einer adäquaten Ausstattung angestellt werden, einschließlich vollgültiger Vertretungsregelung. „

FDP

„Wir wollen den Menschen nicht zum Gegenstand von Quotenregelungen machen. Wir wenden uns gegen alle Benachteiligungen an sich. Dies gilt auch unabhängig davon, ob es sich um eine Benachteiligung von Frauen, Männern oder diversen Menschen handelt. In diesem Sinne wollen wir unter anderem ermöglichen, dass auch Männer und diverse Menschen sich für das Amt des/der Gleichstellungsbeauftragten bewerben können.“

AfD

„Die AfD fordert für die Gesellschaft Familienbeauftragte statt Gleichstellungsbeauftragte.“

Die Zusammenfassung ist sehr umfangreich, aber dadurch nicht weniger interessant und lesenswert!

Schöne Grüße von der Kieler Förde

Birgit Pfennig

Geschäftsführerin

Geschäftsstelle der LAGs kommunaler Gleichstellungsbeauftragter

Chancengerechtigkeit von morgen beginnt in der Kita von heute

Beste Kitapolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur mit allen Beteiligten gemeinsam zum Erfolg führen kann. Unser Ziel ist vorrangig eine weitere Reduzierung der Elternbeiträge, insbesondere mit dem Ziel der Verbesserung der Belange von Familien mit mehreren Kindern und in schwierigen sozialen Verhältnissen. Es ist uns wichtig, dass sich alle Eltern die Kindertagesbetreuung leisten können und sie landesweit das Angebot vorfinden, dass ihrer individuellen Lebens- und Erwerbsplanung entspricht. In gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter fördern. Dazu wollen wir den Ausbau flexibler und erweiterter Öffnungszeiten, die insbesondere an den Bedarfen von Alleinerziehenden und voll erwerbstätigen Eltern angepasst sind, weiter vorantreiben und je nach Bedarf umsetzen. Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote weiter fortsetzen. Das gilt auch für weitere Krippenplätze.

(Seite 2)

KONKRET:

- Wir werden die finanzielle Unterstützung (Land und Träger) in der Ausbildung für sozialpädagogische Berufe weiter ausbauen. Dies gilt besonders für die PiA-Ausbildung.
- Jede und jeder muss sich Kinderbetreuung leisten können: Die Elternbeiträge werden weiter reduziert, dabei wollen wir insbesondere weitere Verbesserungen für Familien mit geringen Einkommen und für Familien mit vielen Kindern vorantreiben.
- Wir wollen, dass landesweit die Zahl der Kita-Plätze erhöht wird, damit für jede Familie der tatsächliche Betreuungsumfang erfüllt werden kann.
- Wir werden die Anreize und die Vergütung in der Kindertagespflege weiter erhöhen, damit das Angebot und die Wahlmöglichkeit von Tagespflegestellen landesweit steigen.

(Seite 3)

Schulbau, Ganzttag und Perspektivschulen weiter fördern

KONKRET:

- Wir wollen den Ganzttag in seinen unterschiedlichen Formen an den Grundschulen bis zum Schuljahr 2026/27 so ausbauen, dass der Rechtsanspruch auf Ganzttag aufwachsend gewährleistet werden kann.

(Seite 10)

Schleswig-Holstein als Start-Up-Land ausbauen

Wir setzen landesspezifische Schwerpunkte für die Förderung von Start-Ups und Gründungen. Neben dem Ziel Frauen verstärkt für das Thema Gründung zu begeistern, wollen wir bestimmte Branchengebiete verstärkt in den Fokus nehmen, um uns als Gründungsland ein klareres Profil zu geben.

(Seite 25)

Eigenverantwortung und Freiheit der Hochschulen stärken

Die Freiheit der Wissenschaft ist für uns ein hohes Gut, dass in der ganzen Breite einer Hochschule und für jedes Mitglied ein Hochschulgemeinschaft Gültigkeit hat. Wir wollen, dass Hochschulen Orte mit einem offenen Klima gegenseitiger Wertschätzung sind. Daher lehnen wir Regelungen wie die Zivilklausel oder auch Verbote oder Gebote für Gendersprache insbesondere bei der Bewertung von

Prüfungsleistungen ab. Solche Regelungen sind für uns mit der Freiheit der Wissenschaft nicht vereinbar. Weiter ist eine Hochschule für uns ein freiheitlicher Ort der Gleichberechtigung. Daher lehnen wir das Tragen von Burka oder Niqab in Lehrveranstaltungen und Prüfungen ab. Für uns ist diese Kleidungsform ein Symbol für die Unterdrückung von Frauen. An Hochschulen ist eine offene Kommunikation auch durch Gestik und Mimik zwingend.

(Seite 33)

Steuergerechtigkeit durchsetzen

Wir wollen eine stärkere steuerliche Berücksichtigung von Kindern durch Anpassung der Freibeträge und des Kindergeldes. Zudem soll der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende weiter erhöht werden. Das Ehegattensplitting halten wir für das richtige System in Kombination mit Freibeträgen Familien zu entlasten. Insbesondere weil durch Wahlrechte auch veränderte Lebenssituation berücksichtigt werden können.

(Seite 47)

Konkret:

Wir wollen Familien, insbesondere Alleinerziehende, steuerlich noch besser fördern und unterstützen.

(Seite 48)

Kommunale Strukturen stärken

Ehrenamtliche und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kommunalverwaltungen sehen sich zunehmend Hass, Hetze und Aggressionen ausgesetzt, was wir auf das Schärfste verurteilen. Wir wollen der Kommunalpolitik den Rücken stärken, die Verantwortlichen besser schützen und Straftaten konsequent verfolgen. Bei der Landespolizei werden wir eine Anlaufstelle zum Schutz von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern schaffen. Zudem wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Lösungen entwickeln und Präventionsmaßnahmen einführen.

(Seite 49)

Bauen, bauen, bauen

Für Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt besonderer Unterstützung bedürfen wie Wohnungslose, Frauen aus Frauenhäusern sowie von Armut und Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte, werden wir unser gezieltes Wohnungsprogramm fortführen, mit dem wir bereits 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt haben.

(Seite 54)

Polizei weiterhin den Rücken stärken

Unsere Polizei braucht die besten Köpfe, mit noch mehr engagierten Frauen auch in allen Führungsebenen. Unser Ziel ist es, dass sich die Vielfältigkeit unserer Gesellschaft in unserer Polizei wieder spiegelt. Deshalb wollen wir auch mehr Frauen für den Polizeidienst gewinnen. Wir wollen prüfen, wie wir die Ausbildung für den Polizeidienst für alle attraktiver machen, ohne an der Qualität der Ausbildung Abstriche zu machen.

(Seite 88)

Soziales und Gesundheit

Einleitung

Dabei ist für uns klar, dass ein gerechtes Schleswig-Holstein nur ein gleichberechtigtes Schleswig-Holstein sein kann. Wir stehen ein für eine Parität zwischen den Geschlechtern, die sich überall wiederfinden muss.

(Seite 97)

Familien eine starke Lobby schaffen

Ein sehr großer Beitrag zur Stärkung der Familien ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden im Arbeitsleben Flexibilität und familienfreundliche Arbeitszeiten noch stärker fördern. Dabei nimmt der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion ein.

(Seite 98)

Als Beitrag zur Gleichstellung und zur Verhinderung von unplanbaren finanziellen Engpässen bei jungen Eltern wollen wir, dass Einkommensverluste, die aufgrund von Kurzarbeit entstehen, bei der Berechnung des Elterngeldes ausgeklammert werden. Wir wollen uns über den Bundesrat dafür einsetzen, dass Kurzarbeitsmonate bei der Bemessung des Elterngeldes nicht berücksichtigt werden. Stattdessen sollte das Einkommen aus den davorliegenden Monaten für die Elterngeldbemessung herangezogen werden.

(Seite 98)

7.5 Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern

Mehr als die Hälfte unserer Gesellschaft sind Frauen. Eine Gleichstellung von Frau und Mann bedeutet daher für uns, dass Frauen und Männer gleiche Chancen und Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen haben. Frauen und Männer müssen im Beruf, sei es in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst, in der Familie oder in der Politik gleichberechtigt sein. Unsere landesweite Gleichstellungsstrategie für Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Schritt, um dieses Ziel zu erreichen. Unser gesellschaftlicher Auftrag bleibt aber weiterhin:

Gleichberechtigt ist gerecht

Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor. In vielen Berufen sind ebenso viele Frauen wie Männer beschäftigt. In einigen Bereichen sind sie sogar überrepräsentiert. Leider spiegelt sich dies nicht überall in den Führungspositionen wieder. Wir setzen uns daher für mehr Frauen in Führungspositionen ein. Den öffentlichen Dienst sehen wir hierbei in einer Vorreiterrolle. Wir wollen Parität bei allen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung. Wir werden mit gezielter Personalentwicklung Frauen motivieren, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Frauenförderung und Bestenauslese gehen dabei für uns Hand in Hand.

Gerade in den gut bezahlten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sind Frauen stark unterrepräsentiert. Deshalb wollen wir mehr Frauen für diese Berufe gewinnen.

Noch immer arbeiten Frauen viel häufiger in Teilzeit als Männer und übernehmen mehr Aufgaben bei der Betreuung und Versorgung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen. Familien- und Elternzeit dürfen sich nicht negativ auf Karrierechancen auswirken. Arbeitsmodelle wie „Führen in Teilzeit“, „Geteilte Führung“ oder „Flexibles Arbeiten“ müssen selbstverständlich werden, auch in der Privatwirtschaft.

Auch politische Führungspositionen in der Landesregierung wollen wir weiter paritätisch besetzen. Unser Ziel sind auch paritätische Parlamente auf Landes- und kommunaler Ebene. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die politische Arbeit für Frauen attraktiver wird und Hemmnisse abgebaut werden. Dazu gehört für uns auch, dass politische Sitzungen in kommunalen Parlamenten und Parteien auch nach der Corona-Pandemie digital oder hybrid durchgeführt werden können, um die Vereinbarkeit von Familie und Politik zu fördern.

Veranstaltungen des Landes wie Podiumsdiskussionen, Foren und ähnliche werden wir geschlechterdurchmischt besetzen.

KONKRET:

- Wir werden die Gleichstellungsstrategie für Schleswig-Holstein konsequent umsetzen.
- Wir fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexibles und mobiles Arbeiten in der Landesverwaltung.
- Wir werden durch gezielte Personalentwicklung Frauen für Führungspositionen motivieren und Führung in Teilzeit und geteilte Führung erproben.
- Wir wollen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung paritätisch besetzen.
- Wir wollen den Frauenanteil bei MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) weiter steigern. Dafür werden wir das Projekt „Komm mach MINT“ vorantreiben.
- Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Politik durch Einführung digitaler und hybrider kommunaler Sitzungen stärken.
- Podien bei Veranstaltungen des Landes sollten geschlechtergemischt gestaltet sein.

(Seite 102 +103)

7.6 Geschlechtersensible Sprache

Die Verwendung von geschlechtersensibler Sprache bewegt viele Menschen in Schleswig-Holstein auf unterschiedliche Art und Weise. Die deutsche Sprache ist ein über Jahrhunderte gewachsenes Kulturgut, auf das wir stolz sind, und deren Ästhetik in Schrift und Wort wir weiterhin pflegen wollen. Gleichwohl entwickelt sich unsere Gesellschaft stetig weiter und mit ihr auch die Sprache.

Ja zur ideologiefreien Geschlechtersensibilität.

Uns ist die Verwendung von geschlechtersensibler Sprache wichtig, damit sich niemand ausgeschlossen fühlt. Dennoch soll die Verwendung geschlechtersensibler Sprache jeder und jedem selbst überlassen sein. Sprache ist grundsätzlich erst einmal Privatsache. Mit uns gibt es keine Sprachpolizei, die ideologisch vorgibt, wie gesellschaftlicher Wandel in der Sprache vorweggenommen werden soll. Sprache soll nicht nur geschlechtersensibel verwendet werden, sondern gleichermaßen möglichst barrierefrei für Menschen mit Einschränkungen und mit eingeschränktem Verständnis der deutschen Sprache sein.

Die Verwendung von geschlechtersensibler Sprache sollte Schriftstücke und Veröffentlichungen von Behörden und staatlichen Einrichtungen aber nicht verkomplizieren. Wir sind gegen eine Sanktionierung sowohl der Nicht-Anwendung wie auch der Anwendung von geschlechtersensibler Sprache in Hochschulen und Behörden. Die in Schule vermittelte Grammatik und Rechtschreibung muss den Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung entsprechen. Geschlechtergerechte Schreibung darf im Interesse der Lernbarkeit nicht das Erlernen der geschriebenen deutschen

Sprache erschweren. Wir wollen, dass Sprachwandel und Sprachpolitik im Deutschunterricht thematisiert werden und sprechen uns dafür aus Varianten der „gendergerechten Sprache“ in diesem Kontext zu behandeln.

KONKRET:

- Uns ist geschlechtersensible Sprache wichtig.
- Geschlechtersensible Sprache soll die Kommunikation von Behörden nicht komplizierter machen.
- Die in Schule vermittelte Grammatik und Rechtschreibung muss den Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung entsprechen und darf die Lernbarkeit nicht erschweren.

(Seite 103)

7.7 Keine Gewalt gegen Frauen

Häusliche Gewalt kann sich gegen Frauen und Männer richten. Wir stellen uns entschlossen gegen jede Form häuslicher Gewalt. Frauen sind jedoch besonders betroffen. Jede vierte Frau erlebt in ihrem Leben selbst oder mit ihren Kindern häusliche oder sexualisierte Gewalt. Viele Frauen und Kinder sind neben körperlichen Gewalttaten auch psychischer Gewalt ausgesetzt. Daneben werden Frauen auch bei uns Opfer von Femiziden. Frauen vor jeglicher Gewalt zu schützen, ist unser oberstes Ziel.

Wir haben daher die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in Schleswig-Holstein massiv gestärkt. Zum Schutz von Frauen und Kindern haben wir neue Frauenhausplätze geschaffen, Frauenhäuser saniert und neugebaut sowie die Präventionsarbeit der Frauenberatungsstellen verstärkt. Noch nie wurde in unserem Land so viel für den Schutz von Frauen ausgegeben. Als erstes Bundesland entschied sich Schleswig-Holstein bereits im Februar 2018, die Umsetzung der Istanbul-Konvention in enger Kooperation zwischen Facheinrichtungen, Politik, Verwaltung und Justiz zu gestalten.

Frauen und Kinder vor Gewalt schützen

Prävention ist der beste Schutz vor Gewalt. Durch das frühzeitige Erkennen möglicher Gefährdungen und schnelles Handeln kann Gewalt verhindert werden. Frauenberatungsstellen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Sie und viele ehrenamtlich engagierte Menschen helfen von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern. Daher wollen wir die Frauenberatungsstellen sowie das KIK-Netzwerk (Kooperations- und Interventionskonzept gegen häusliche Gewalt) weiter stärken und die Präventionsarbeit an Schulen ausbauen. Dabei wollen wir, dass die Schule als Institution für das Thema mehr Verantwortung übernimmt. Dies wollen wir über die Fortbildung von Lehrkräften erreichen. Mädchen und Jungen müssen gleichermaßen aufgeklärt und sensibilisiert werden. Wir werden Femizide, die Tötung von Frauen und Mädchen auf Grund ihres Geschlechts, mit aller Kraft weiter bekämpfen. Dazu gehört die Erfassung solcher Taten in der Kriminalstatistik nach festgelegten Kriterien. Ein wichtiger Ansatz zur Erkennung und Bekämpfung von Femiziden ist ein standardisiertes und verbindliches Hochrisikomanagement, für das wir bereits eine rechtliche Grundlage geschaffen haben. Dies werden wir nun flächendeckend umsetzen. Ein wesentliches Hilfsmittel sind dabei institutionenübergreifende Fallkonferenzen, die zukünftig auch um den Sachverstand von Frauenfacheinrichtungen ergänzt werden. Wir stehen für einen konsequenten Ausbau der Schutzkonzepte für Frauen entsprechend der unabhängigen Bedarfsanalyse, die wir in der zurückliegenden Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben. Die Anzahl der Frauenhausplätze in Schleswig-Holstein muss darüber hinaus regelmäßig überprüft und angepasst

werden. Wir werden landesweite Qualitätsstandards von Frauenhäusern festschreiben, die dabei helfen gleich gute Angebote für Frauen und ihre Kinder zu schaffen.

In Fällen, in denen eine Frau den Schutz eines Frauenhauses nicht benötigt, sorgen wir dafür, dass Frauen schnell ihre eigene Wohnung erhalten. Die eigenen vier Wände sind ein wichtiger Schritt in eine gewaltfreie Zukunft. Hierfür haben wir das Projekt „Frauen_Wohnen“ ins Leben gerufen, durch das über 800 Frauen und Kinder aus häuslicher Gewalt heraus oder aus Frauenhäusern in eigene Wohnungen umziehen konnten. Wir vertiefen unsere Gespräche mit der Wohnungswirtschaft, um weitere Wohnangebote für Frauen und ihre Kinder zu schaffen.

Für Opfer von sexualisierter oder häuslicher Gewalt haben wir in Schleswig-Holstein die flächen-deckende Möglichkeit gestärkt, die Spuren von Gewalt vertraulich und gerichtsfest zu dokumen-tieren, ohne dass eine Anzeige erstattet werden muss. Wir wollen die vertrauliche Spurensicherung durch eine umfassende Informationskampagne bekannter machen.

Wir werden uns auch für einen wirksameren Schutz für Prostituierte einsetzen. Sie vor seelischen und körperlichen Schäden zu schützen, liegt in unserer Verantwortung. Das Prostituiertenschutz-gesetz des Bundes, das einerseits das Prostitutionsgewerbe reguliert und andererseits den Schutz von Prostituierten regelt, hat Schleswig-Holstein als eines der ersten Bundesländer umgesetzt. Es zeigt sich bereits, dass das Gesetz keinen ausreichenden Schutz für Prostituierte bietet. Deswegen werden wir uns für eine frühere Evaluierung des Gesetzes einsetzen. Wir müssen die illegale Prostitution unter menschenunwürdigen Bedingungen weiter bekämpfen und konsequenter verfolgen. Dafür bedarf es intensiverer Kontrollen des Prostitutionsgewerbes sowie Ermittlungen im Bereich des Menschenhandels. Junge und schwangere Frauen müssen vor der Prostitution besser geschützt werden. Unsere Präventions- und Ausstiegsprogramme werden wir ausbauen.

KONKRET:

- Wir wollen die Präventionsarbeit an Schulen ausbauen.
- Zur Erkennung und Bekämpfung von Femiziden werden wir flächendeckend ein standardisiertes und verbindliches Hochrisikomanagement etablieren. Wir wollen, dass solche Taten in der Kriminalstatistik nach festgelegten Kriterien erfasst werden.
- Wir wollen ein bedarfsgerechtes landesweites Angebot von Frauenhausplätze. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland ein neues Frauenhaus schaffen.
- Wir werden Frauenberatungsstellen und das KIK-Netzwerk weiter stärken.
- Wir werden einheitliche Qualitätsstandards für die Arbeit in Frauenhäusern festschreiben.
- Wir werden die Wohnangebote für Frauen und ihre Kinder ausbauen.
- Die vertrauliche Spurensicherung bei sexualisierter und häuslicher Gewalt wollen wir stärken.
- Wir werden uns für einen wirksameren Schutz von Prostituierten einsetzen.

(Seite 104 + 105)

Inklusion steht für Solidarität, Partizipation, Teilhabe und Selbstbestimmung

Wir wollen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und den Schutz vor sexualisierter Gewalt für Menschen mit Behinderungen stärken und eine Umsetzung ermöglichen. Dafür sollen Beratungs-Bildungs- und Therapieangebote für Menschen mit Behinderungen und Betroffene ausgebaut werden. Ebenso sollen Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte in allen relevanten Einrichtungen, Diensten und Fachstellen ausgebaut werden.

(Seite 107)

7.14 Gute Familienplanung von Anfang an

Die qualitativ hochwertige Geburtshilfe wird immer wichtiger. Durch konkrete Maßnahmen wie der Reform der Hebammenausbildung, der Verbesserungen bei den Haftpflichtversicherungen für Hebammen und die Verlängerung der Nachsorge im Wochenbett von acht auf zwölf Wochen haben wir schon wichtige Maßnahmen umgesetzt.

Eine gute und selbstbestimmte Familienplanung sicherstellen

Junge Familien brauchen ein flächendeckendes Angebot für Geburtshilfe, werdende Mütter brauchen Unterstützung. Wir wollen daher eine auskömmliche Hebammenversorgung im Land, die insbesondere Vor- und Nachsorge für die Familien sicherstellt. Dazu werden wir die Studienplatzkapazitäten im Land erhöhen.

.....

Paare aber vor allem auch alleinstehende Frauen kann eine ungeplante Schwangerschaft vor große oft emotionale Überforderung stellen. Hier kann die Schwangerenkonfliktberatung unterstützen und helfen, die Entscheidung über einen möglichen Schwangerschaftsabbruch sehr sorgsam zu treffen. Wir wollen dabei die Schwangerenkonfliktberatung unterstützen, die im Land von einer breiten Trägerstruktur getragen wird.

Das in Lübeck erfolgreich evaluierte Modellprojekt „biko“ zur Kostenübernahme von verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln, das Frauen mit niedrigen Einkommen Verhütungsmittel erstattet, wollen wir landesweit übernehmen.

KONKRET:

- Wir werden die Anzahl der Studienplätze für Hebammen erhöhen, um die Versorgung mit Hebammen flächendeckend und auskömmlich sicherzustellen.
- Wir werden uns für tragfähige Lösungen zur Sicherung der freiberuflichen wie der klinischen Hebammenarbeit durch angemessene Vergütungen und verlässliche Rahmenbedingungen einsetzen.

.....

- Wir wollen die Unterstützung der Schwangerenkonfliktberatung, die von einer breiten Trägerstruktur getragen wird, ausweiten.
- Wir setzen uns für eine landesweite Übernahme des Modellprojekts „biko“ ein.

(Seite 113)

7.15 Gute Pflege heute und morgen – für alle Generationen

Um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, müssen Pflegeberufe attraktiver werden. Dabei müssen die Verdienstmöglichkeiten dieser bedeutsamen, anspruchsvollen und fordernden Arbeit gerecht werden. Hierzu gehören auch attraktive Rückkehrerprogramme, die Bereitstellung von Assistenz- und Unterstützungssystemen, die Steigerung der Ausbildungsplätze in der Kranken- und Altenpflege als auch die unbürokratische Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen in diesem Bereich sowie die gezielte Anwerbung von ausländischen Ausbildungskräften.

(Seite 114)

Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verantwortung

Durch mehr gezielte Sprach- und Integrationsangebote wollen wir insbesondere Frauen besser erreichen. Wir werden Bildungsangebote für junge Zugewanderte in der Kita, in der Schule und im Beruf weiter stärken.

(Seite 122)

Gute Arbeit für alle schaffen und Fachkräfte sichern

Wir stehen für ein Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten. Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie zeigen jedoch auch, dass es nicht reicht, die Mitarbeiter*innen einfach nach Hause zu schicken. Arbeitgeber*innen müssen für eine entsprechende Arbeitsumgebung und die nötigen Arbeitsmittel sorgen. Gleichzeitig muss klar sein, dass Arbeitsschutz auch im Homeoffice vollumfänglich gilt und dass Menschen auch Feierabend haben. Dies ist besonders wichtig, wo Menschen im Homeoffice zusätzlich noch Kinder zu betreuen haben.

Dabei wollen wir eine mögliche Doppelbelastung der Unternehmen bei gleichzeitiger Vorhaltung eines betrieblichen und eines Heimarbeitsplatzes vermeiden oder durch steuerliche Erleichterungen auffangen.

(Seite 18)

Mehr Respekt für die Arbeit mit Menschen

Die durchschnittlich schlechtere Entlohnung in Berufen, die meist von Frauen ausgeführt werden, ist ungerecht. Wir wollen eine höhere Entlohnung, "Equal Pay" zwischen Frauen und Männern, bessere Rahmenbedingungen und eine gesetzgeberische und gesellschaftliche Aufwertung.

(Seite 19)

Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, auf die sich die Menschen verlassen können. Dazu gehört, dass Menschen, die in der Gesundheitsversorgung oder den sozialen Berufen tätig sind, mehr Anerkennung bekommen. Dafür sind Träger, Dienste und Einrichtungen ebenso in der Verantwortung wie Bund, Länder und Kommunen. Die durchschnittlich schlechtere Entlohnung in Berufen, die meist von Frauen ausgeführt werden, ist ungerecht. Wir wollen eine höhere Entlohnung, "Equal Pay" zwischen Frauen und Männern, bessere Rahmenbedingungen und eine gesetzgeberische und gesellschaftliche Aufwertung. Deswegen ist es uns ein Anliegen, wo immer möglich, wettbewerblichen Druck zu nehmen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wir werden deshalb die ausgegliederten Bereiche im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein schrittweise zusammen mit den Gewerkschaften in den TV-L überführen. Auch in den anderen ausgegliederten Bereichen des Landesdienstes werden wir diese schrittweise in den TV-L zurückholen (z. B. Service, Reinigung, Wachdienst etc.)

(Seite 19)

Gebührenfreie, fachgerechte und vergütete Ausbildung

Es war die Initiative der SPD, die erfolgreich dafür gesorgt hat, dass in den pflegerischen und therapeutischen Gesundheitsfachberufen in Schleswig-Holstein keine Ausbildungsgebühr mehr gezahlt werden muss. Das ist ein großer Erfolg mit spürbar höheren Bewerbungszahlen. Der nächste Schritt folgt jetzt, um die sozialen Berufe attraktiver zu machen. Die Einführung einer guten Ausbildungsvergütung mindestens in Höhe der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung in Deutschland für alle nicht akademischen Ausbildungsberufe im sozialen Bereich ist unser Ziel.

(Seite 19)

Arbeitszufriedenheit stärken – Berufsausstiege vermeiden

In der Geburtshilfe wollen wir eine verbindliche Personalbemessung. Eine unterstützende, professionelle Begleitung der gebärenden Personen vor, während und nach der Geburt und Schwangerschaft ist in allen Teilen unseres Landes sicherzustellen. Dies gilt insbesondere auch für die Begleitung bei und nach Aborten, Fetozyden und Totgeburten. Unser Ziel ist eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch Hebammen während der Geburt und eine wohnortnahe Vor- und Nachsorge für

Eltern und Neugeborene. Dazu gehört auch die Sicherstellung von Hebammenotrufen auf den Inseln sowie in anderen unterversorgten Regionen, die Übernahme von Haftpflichtversicherungsbeiträgen bei geburtshilflich tätigen Hebammen und die Aufrechterhaltung von geburtshilflichen Stationen in Kliniken. Damit Hebammen und Geburtshelfer*innen ihre Tätigkeit auch aus der Selbstständigkeit heraus anbieten können, werden wir Lösungen erarbeiten, die die Ausübung des Berufes trotz hoher Haftpflichtprämien möglich macht. Den neuen dualen Studiengang Hebammenwissenschaft wollen wir durch die angemessene, auskömmliche Bezahlung und Verbesserung der Praxismodule und Externatsangebote für Student*innen und Anleiter*innen stärken und einen Masterstudiengang etablieren. Um den beruflichen Einstieg zu erleichtern, sollen Beratungsangebote und finanzielle Unterstützungsangebote geschaffen werden, die insbesondere die Ansiedlung von freiberuflichen Hebammen im ländlichen Raum und die Gründung hebammengeleiteter Einrichtungen, Praxen und Ambulanzen erleichtern.

(Seite 20)

Die Erzieher*innen brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Sie benötigen mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung. Eine Qualitätssteigerung durch einen höheren Fachkraft-Kind-Schlüssel fördert nicht nur die Entwicklung des Kindes, sondern erhöht auch die Arbeitszufriedenheit der Erzieher*innen. Eine weitere Flucht der Berufsgruppe aus Kindertagesstätten können wir uns nicht leisten.

(Seite 20)

Die neue Wirtschaft beginnt jetzt

Wir wollen mehr Menschen in Schleswig-Holstein ermutigen, Unternehmer*in zu werden. Dabei wollen wir nicht nur junge Menschen ansprechen, sondern auch alle anderen potentiellen Gründer*innen. Insbesondere Frauen sollen ermutigt und unterstützt werden, neue Unternehmen und Start-Ups zu gründen. Hierfür bedarf es einer zielgruppenspezifischen Ansprache und Netzwerken, die gründungsinteressierte Frauen passgenau unterstützen. Beides wollen wir fördern. Des Weiteren werden wir dafür sorgen, dass schleswig-holsteinische Gründerinnen verstärkt vom bundesweiten Gründerinnen-Stipendium profitieren.

(Seite 24)

Schleswig-Holstein wird zum Tourismusland Nummer Eins

Zur Qualität gehören auch gute und zufriedene Mitarbeiter*innen. Es muss daher gelingen, Fachkräfte gut auszubilden, sie zu halten oder ggf. zurückzuholen.

Dafür müssen ihnen Perspektiven geboten werden. Wichtige Faktoren dafür sind angemessener und bezahlbarer Wohnraum, kostenfreie, qualitativ gute und flexible Kinderbetreuung sowie gute Bezahlung. Niedriglöhne und Mini-Jobs dürfen nicht zum Geschäftsmodell gehören. Das ist nicht zuletzt auch Ausdruck des Respekts gegenüber denen, die unseren Gästen eine schöne Zeit bereiten – ob im Restaurant, im Hotel oder im Freizeitpark. Insbesondere in diesen Branchen beschäftigte Frauen müssen sozial abgesichert sein.

(Seite 29)

Die nachhaltige Landwirtschaft wird zukunftsfest

Dabei richten wir ein besonderes Augenmerk auf die Situation von Frauen in der Landwirtschaft und ländlichen Räumen. Personalvertretungen und Betriebsräte in der Ernährungswirtschaft werden gestärkt und – wo nötig – wird ihre Einführung unterstützt.

(Seite 31)

Alle können digital mitmachen

Im Netz gelten die gleichen Werte und das gleiche Recht wie auf der Straße. Ein digital kompetenter Staat muss das durchsetzen. Dazu zählt ebenso der Schutz von insbesondere Frauen, queeren Menschen und BIPoC (Black, Indigenous, and People of Color) gegen die für diese Gruppen ausgeprägte Bedrohungssituation im Netz.

(Seite 36)

Fachkräftemangel entgegenwirken

Im Bereich der sozialen Berufe herrscht bereits jetzt ein eklatanter Fachkräftemangel. Die Fachkräfteprojektion im Rahmen der Fachkräfteinitiative zeigt, dass besonders die sozialen Berufsgruppen der Kranken- und Altenpflege, Erziehung, Sozialarbeit, Heilerziehungspflege, Geburtshilfe und im Rettungsdienst die größte durch die Demografie verursachte Fachkräftelücke im Jahr aufweisen.

(Seite 45)

Solidarische Gesundheitspolitik

Ungewollt Schwangere, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, brauchen Zugang zu Informationen und eine gute, wohnortnahe medizinische Versorgung – das gilt ambulant wie stationär – sowie eine objektive Schwangerschaftskonfliktberatung. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass allen Menschen, kostenfreie Verhütungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau der wohnortnahen und niedrigschwelligen geburts-hilflichen Versorgung und Nachsorge ein, um Eltern und Neugeborenen einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Dabei spielt insbesondere die Hebammenversorgung im klinischen und außer-klinischen Kontext eine große Rolle. Die Wahlfreiheit des Geburtsortes muss erhalten bleiben. Wir wollen, neben dem Erhalt von Geburtsstationen im ländlichen wie auch im städtischen Raum, he-bammengeleitete Kreißsäle fördern sowie auch die Gründung und Ansiedlung von Hebammen-praxen, hebammengeleiteten Ambulanzen und freiberuflich tätigen Hebammen unterstützen. Auch die Kapazitäten zur Ausbildung von Hebammen müssen erhöht werden. Als Ergänzung, nicht aber als Ersatz zur klinischen Geburtshilfe, sollen zusätzliche außerklinische Geburtsangebote wie beispiels-weise Geburtshäuser geschaffen werden.

(Seite 46)

Gendermedizin

Die Forschung der letzten Jahre hat gezeigt, dass insbesondere in der Medizin unterschiedliche Geschlechter bisher nicht genug berücksichtigt wurden. Das betrifft zum Beispiel die unterschiedlichen Symptome bei Erkrankungen, aber auch die unterschiedliche Wirkung von Medikam-enten. Wir wollen darum zum einen das Thema Gendermedizin in der Forschung stärken. Zum anderen werden wir mit den relevanten Akteur*innen des Gesundheitswesens eine Kampagne starten, um die geschlechtsspezifischen Symptome bei Krankheiten bekannter zu machen und so Leben zu retten.

(Seite 47)

In Schleswig-Holstein kann man gut alt werden

Auf dieser Basis wollen wir auch das Angebot eines „präventiven Hausbesuchs“ für Senior*innen ab 75 Jahren in Schleswig-Holstein gemeinsam mit Kommunen und den Pflegekassen einführen. Der „präventive Hausbesuch“ soll die vorsorgende Beratung der Senior*innen z. B. im Hinblick auf die

altersgerechte Ausstattung der Wohnung, auf Präventions- und Hilfsangebote, Nachbarschaftsaktivitäten sowie zum Thema Pflegebedürftigkeit beinhalten.

Ziel ist es, dass ältere Menschen länger in ihrer Wohnung leben können, die Teilhabechancen zu verbessern und der Pflegebedürftigkeit vorzubeugen. Dieses Angebot wird auch Teil der Vor-Ort-für-Dich-Kraft sein.

(Seite 48)

Unsere Gesellschaft wird immer inklusiver

Wir wissen, dass es auch bei uns ineinandergreifende Mehrfachdiskriminierung gibt. Beispielsweise werden Mädchen und Frauen mit Behinderung nicht nur wegen dieser diskriminiert, sondern auch aufgrund ihres Geschlechts. Dies führt zu einer eigenen Form von Diskriminierung. Daher müssen wir hier gesonderte Maßnahmen ergreifen, um diesen Menschen zu helfen.

(Seite 49)

Wir werden das kinder- und jugendfreundlichste Bundesland

Wir treten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche an jeder Stelle entschieden entgegen.

Kinderschutzzentren und Mädchenhäuser sind ausreichend zu finanzieren und zu unterstützen.

(Seite 53)

Wir kämpfen gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentitäten und sexueller Orientierung

Gleichstellung ist wesentlich für eine moderne Demokratie. Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung benachteiligt wird. Die Menschen in Schleswig-Holstein sollen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, unabhängig von traditionellen Rollenbildern von Männern und Frauen. Familienkonstellationen, Geschlechtsidentitäten und Lebensentwürfe sind vielfältig in unserem Land und wir möchten dieser Vielfalt mit unserer Politik Rechnung tragen.

(Seite 54)

Wir kämpfen weiterhin für die Gleichstellung von Frauen

Wir nehmen als Partei bei all unseren Entscheidungen die unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen in den Blick und gleichen bestehende Nachteile aus. Wir brauchen eine Gleichstellungsstrategie Schleswig-Holstein. Diese benennt Ziele und Maßnahmen, die durch die Landesregierung und ihre Behörden umgesetzt werden. So sollen beispielsweise die Ministerien gezielt Maßnahmen zum Abbau des Gender Pay Gaps ergreifen und gleichzeitig eine Strategie zur Aufwertung von sozialen Berufen und Pflegeberufen vorlegen, in denen überwiegend Frauen tätig sind. Für uns gilt weiterhin der rote Faden „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“. Der Landeshaushalt darf nicht „geschlechterblind“ sein. Finanzielle Ressourcen müssen den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Dies gilt für sämtliche Ressorts und Politikbereiche.

Der Gender Pay Gap beschreibt die durchschnittliche Differenz des Bruttostundenverdienstes von Frauen und Männern im Verhältnis. Dieser betrug für das Jahr 2020 nach wie vor 18%. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass sich der Gender Pay Gap schließt. Als Land werden wir daher das Programm „Frau und Beruf“ evaluieren und weiterentwickeln.

Darüber hinaus wollen wir die Studien- und Berufsberatung für junge Frauen stärken. Auch die Stärkung des Girls Day sowie MINT-Initiativen können einen Beitrag dazu leisten.

Wir wollen die Gleichstellungsbeauftragten auf Landesebene und in den Kommunen durch die Festlegung von Qualitätsstandards in Bezug auf personelle und sachliche Ausstattung, Eingruppierung und gegebenenfalls Freistellung unterstützen. Ab einer Einwohnerzahl von 10.000 oder einem vergleichbaren Aufgabengebiet müssen Gleichstellungsbeauftragte grundsätzlich hauptamtlich, in Vollzeit und mit einer adäquaten Ausstattung angestellt werden, einschließlich vollgültiger Vertretungsregelung.

Leider ist häusliche Gewalt in unserer Gesellschaft immer noch trauriger Alltag. Die Bedarfsanalyse, die wir im Landtag auf den Weg gebracht haben, zeigt, dass wir gute Hilfestrukturen in Schleswig-Holstein haben – allerdings nicht überall, nicht in ausreichender Zahl und ohne ausreichende finanzielle Unterstützung. Aus diesem Grund werden wir ein landesweites Programm gegen häusliche und sexualisierte Gewalt aufsetzen, das u.a. Gewaltschutzkonzepte in allen Bereichen fordert und fördert. Bei all unseren Maßnahmen gegen strukturelle Gewalt gegen Frauen lassen wir uns von der Istanbul-Konvention leiten. Dieses landesweite Programm wird barrierefrei gestaltet. Wir werden auch Leuchtturmprojekte zu Gewaltprävention und -schutz im ländlichen Raum fördern und ausweiten.

Wenn Eltern körperlich oder verbal attackiert werden, kann es Kinder ebenso traumatisieren, wie selbst erlittene Gewalt. Wir werden daher auch Unterstützungsangebote für Kinder als Zeug*innen häuslicher Gewalt stärken.

Das Internet ist für niemanden mehr Neuland. Trotzdem fehlen in Schleswig-Holstein wirksame Instrumente und Angebote für Betroffene. Statistisch erfahren überproportional häufig Frauen und weiblich gelesene Personen Gewalt im Internet. Darum wird in Schleswig-Holstein eine koordinierende Frauenberatungsstelle gegen digitale Gewalt eingerichtet. Diese wird die vorhandenen Frauenberatungsstellen in diesem Themenkomplex unterstützen.

Frauen, die von digitaler Gewalt betroffen sind, haben somit Ansprechpartnerinnen in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die Hochschulen, Universitäten, Berufsschulen und weiterführenden Schulen dabei unterstützen, kostenlose Hygieneartikel in Sanitäranlagen zur Verfügung zu stellen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu deren Eindämmung auf die Lebensverhältnisse von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter in Schleswig-Holstein müssen umfassend aufgearbeitet werden. Denn besonders Frauen haben während der Pandemie aufgrund vorübergehend geschlossener Schulen und KiTas Betreuung zu Hause übernommen und dadurch berufliche Nachteile erfahren. Etwaige spezifische Benachteiligungen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt und in der Altersvorsorge, sind zu benennen und auszugleichen. Insoweit Frauen infolge der Pandemiesituation vermehrt von häuslicher Gewalt betroffen waren und sind, müssen Beratungs- und Hilfsangebote entsprechend aufgestockt und den Betroffenen bekannt und zugänglich gemacht werden.

In einer SPD-geführten Landesregierung wird das Kabinett selbstverständlich paritätisch besetzt sein. Kein Parlament in Deutschland ist quotiert. Diesen Zustand müssen wir ändern. Daher werden wir uns für eine Grundgesetzänderung einsetzen, um somit ein Paritätsgesetz zu ermöglichen. So stärken wir die Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir unterstützen Aktivitäten und verpflichten uns selbst zum Abbau von strukturellen Hindernissen und anderen Faktoren für eine gleichwertige Teilhabe von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten auf allen Ebenen.

(Seite 55-56)

Wir stellen die Arbeit von Frauenhäusern und Beratungsstellen sicher

Wir treten jeglicher Gewalt gegenüber Frauen entschlossen entgegen und uns dabei von der Istanbul-Konvention leiten lassen. Deswegen werden wir das Angebot für hilfebedürftige Frauen und deren Kinder flächendeckend und bedarfsgerecht ausgestalten sowie auskömmlich finanzieren. Ein zentrales Problem ist, dass die Kapazitäten in den Frauenhäusern zu gering sind. Daher werden wir Wohnungen der öffentlichen Hand zur Verfügung stellen, damit es den Frauen ermöglicht wird, sich schnell einen neuen Lebensmittelpunkt zu schaffen.

Bei der Unterstützung von Frauenhäusern sind uns folgende Punkte wichtig:

- Die realen Miet- und Betriebskosten der Frauenhäuser sind vollumfänglich zu übernehmen.
- Die Anzahl der Frauenhausplätze soll gemäß den Empfehlungen der Bedarfsanalyse ausgebaut werden.
- Bei den Frauenberatungsstellen sollen Mindestkapazitäten pro Einwohnerzahl vereinbart werden.
- Die Kosten für die Beförderung zu den Frauenhäusern werden vom Land übernommen werden, um eine Erreichbarkeit auch in den ländlichen Regionen zu ermöglichen.

Der Betreuungsschlüssel in den Frauenhäusern wird von 1:6 auf 1:4 gesenkt. Nur so können die Mitarbeiterinnen die komplexer werdenden Anforderungen auch erfüllen und Frauen mit Gewalterfahrungen bestens unterstützen.

Darüber hinaus werden wir uns mit den Kommunen über die Zuständigkeiten für die Finanzierung des ambulanten Hilfesystems verständigen. Außerdem sollten Frauenhäuser barrierefreie Einrichtungen sein. Dabei ist es unerlässlich, dass in allen Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins Frauenhäuser zu finden sind.

Auch müssen Beratungsstellen für viele andere wichtige Bereiche so gestärkt werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Zu diesen gehören die Fachberatung für geflüchtete Mädchen und Frauen, Beratungsstellen für wohnungslose Frauen, die aufsuchende Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen oder auch die Männerberatungsstellen in Schleswig-Holstein.

Menschenhandel findet tagtäglich in verschiedenen Bereichen, wie z. B. Zwangsprostitution, Pflege, Gastronomie, Haushalt oder Bau statt, wobei häufig Frauen betroffen sind. Wir werden zusammen mit den relevanten Akteur*innen einen Aktionsplan gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution aufsetzen, um diesen entgegen zu wirken.

(Seite 56-57)

Geflüchtete Frauen benötigen spezielle Unterstützung

Erfahrungen zeigen, dass Frauen nach der Flucht besondere Unterstützungsangebote benötigen. Dazu gehören beispielsweise Zugangsmöglichkeiten zu Informationen über eigene Rechte. Gleichzeitig beobachten wir, dass sich viele Selbsthilfeorganisationen gegründet haben, die sich geflüchteter Frauen annehmen. Diese wichtige Arbeit wollen wir unterstützen. Ein Weg wäre, Informationen über landesweite Hilfs- und Unterstützungssysteme für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen auf einer Website zu bündeln und schnell sowie barrierefrei auffindbar zu machen. Auch werden wir die Arbeit von mobilen psychosozialen Sprechstunden für besonders belastete gewaltbetroffene geflüchtete Frauen in Unterkünften stärken. Wir sorgen für eine bessere Ausstattung und Sensibilisierung der zuständigen Behörden, wenn es um geschlechtsspezifische Belange geht.

(Seite 57)

Wir entwickeln Maßnahmen gegen die Diskriminierungen der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung weiter

Wir machen uns für die Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten stark. Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Heute gibt es viele Formen von Familie. Wir setzen uns für gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe ein, insbesondere bei Adoptionen.

Diese Lebenswirklichkeit sollte sich auch in Veröffentlichungen der Landesregierung, Druckschriften des Landtages, der politischen Bildung sowie in Unterrichtsmaterialien widerspiegeln. Auch werden wir die geschlechtersensible Aus- und Fortbildung des Lehr- und Erziehungspersonals anbieten.

Geschlechtergerechte Sprache

Wir setzen auf eine inklusive Sprache, die alle gleichermaßen anspricht. Das ist auch unser Anspruch an die Kommunikation staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen. Für eine inklusive Sprache gibt es viele Möglichkeiten. Es gibt Formen, die Männer und Frauen benennen – wie das Binnen-I und Beidnennung – und solche, die alle Geschlechtsidentitäten ansprechen. Darüber wollen wir für den persönlichen Gebrauch keine Vorschriften machen.

Aber wir als SPD stehen für den respektvollen Umgang mit Menschen aller Geschlechtsidentitäten ein – auch in der Sprache. In jedem Fall sind „Gender-Verbote“ aus unserer Sicht realitätsfern.

Sprachwandel findet permanent statt. Er sollte weder von oben diktiert noch verboten werden.

(Seite 57 – 58)

Wir organisieren die Schule der Zukunft

Wir werden umsteuern zu mehr verpflichtenden Angeboten, die von großen Teilen eines Kollegiums wahrgenommen werden. Auch sind Kampagnen und Aufklärung erste Schritte dafür, Stereotype oder genderbezogenen Vorurteile abzubauen.

Deshalb etablieren wir Workshops und Seminare in der Lehrerbildung, die den Umgang mit Vielfalt thematisieren und neue Motivationsstrategien entwickeln.

(Seite 61)

Der Grundsatz „Nur Ja heißt Ja“ ist im Rahmen von Bildung frühzeitig und nachhaltig zu vermitteln: beginnend in der KiTa, als Schutz gegen ungewollte Berührungen und Übergriffe jeglicher Art. Insbesondere ist dieser Grundsatz in Schulbücher und andere „offizielle“ Lernmaterialien aufzunehmen, um den Lernenden dessen Verbindlichkeit deutlich zu machen.

Alle Lehrkräfte sind im Rahmen ihrer Ausbildung bzw. durch verpflichtende Fortbildungen für die aktive Vermittlung dieses Grundsatzes zu befähigen.

Wir werden Schulen durch eine Qualifizierungs- und Fortbildungsoffensive darin unterstützen, dass sie Präventions- und Interventionskonzept mit externer Unterstützung entwickeln und weiterentwickeln können. So werden wir Kinder und Jugendliche bestmöglich vor Gewalt jeder Art schützen.

(Seite 63)

Das Verwenden einer inklusiven Sprache ist keine Frage der Rechtschreibung. Im Gegenteil Wir begrüßen es, wenn sich Schüler*innen und Lehrkräfte kritisch mit Kommunikation auseinandersetzen. Die Verwendung einer gendergerechten Sprache ist kein Beleg für schlechte Rechtschreibkompetenz, sondern Nachweis eines politischen Bewusstseins. Dementsprechend sollte sie nicht als Fehler bewertet werden. Wir werden den Schulen keine Vorgaben zum Gendern machen und gemeinsam mit ihnen dafür sorgen, dass nicht-binäre Schüler*innen diskriminierungsfrei die Schule besuchen können.

Kopftuch

Die Neutralität des Staates sollte sich auch darin zeigen, dem Individuum die Entscheidung über das Tragen von Schmuck und Kleidungsstücken in jeder Hinsicht selbst zu überlassen.

Wir wollen, dass Schüler*innen, Beamt*innen, Angestellte, Studierende und Lehrende selbst entscheiden können, welche religiösen Symbole sie tragen wollen.

(Seite 63)

Die Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege gebührenfrei machen

Schleswig-Holstein ist das einzige norddeutsche Bundesland, in dem KiTa-Gebühren erhoben werden. Das ist sozial ungerecht, weil es eine Hürde zur KiTa für Familien bereits mit mittlerem Einkommen bedeutet. Wir wollen bis 2027 die gebührenfreie Kinderbetreuung in den KiTas, Krippen und Kindertagespflege einführen.

(Seite 64)

Wir wollen die Ausbildung der sozialpädagogischen Assistent*innen zu einer praxisorientierten Ausbildung inklusive Ausbildungsvergütung weiterentwickeln. Für berufserfahrene Sozialpädagogische Assistent*innen soll eine vergütete Weiterqualifizierung zum oder zur Erzieher*in möglich werden. Darüber hinaus vereinfachen wir den qualifizierten Quereinstieg, indem Interessierte landesweit einfacher eine Ausbildungsmöglichkeit finden.

(Seite 64-65)

Wir werden deshalb neue KiTa-Plätze schaffen und gemeinsam mit Kommunen und Trägern eine Ausbauoffensive für U3- und Ü3-Plätze vereinbaren. Barrierefreiheit ist dabei ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Dafür werden wir als Land zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung stellen.

(Seite 65)

Auch die Betreuungszeiten müssen besser an den tatsächlichen Bedarf der Eltern zur Vereinbarkeit mit ihrem Beruf angepasst werden. Wir werden deshalb Mittel für eine bedarfsgerechte Erweiterung der Betreuungszeiten einsetzen und Angebote in Randzeiten besser honorieren. Das Konzept dafür werden wir mit Trägern und Kommunen so abstimmen, dass sie unterschiedliche Bedarfslagen vor Ort berücksichtigen können.

(Seite 65)

Wir möchten respektvoll und altersgerecht mit Kindern im Gespräch sein. Deshalb setzen wir uns für diskriminierungsfreie gendersensible Lernmaterialien ein und stellen pädagogischen Fachkräften Möglichkeiten bereit, sich in diesen Feldern fortzubilden.

(Seite 65)

Wir stärken die duale Ausbildung

Vor allem von Frauen ausgewählte Berufszweige, wie der frühen Bildung, fehlt es an vergüteten Ausbildungen. Wir setzen uns für schulgeldfreie, sozialversicherungspflichtig vergütete Ausbildungen ein. Die Berufsausbildung von Pflegefachkräften wollen wir auch an berufsbildenden Schulen ermöglichen, um die steigende Nachfrage zu stillen. Auszubildenden in allen Gesundheitsfachberufen soll es ermöglicht werden, den Zusatzunterricht zur Erlangung der Fachhochschulreife an berufsbildenden Schulen zu besuchen.

(Seite 67)

Wir wollen mit Kampagnen und Programmen weiterhin unterstützen, dass Jungen sich für soziale Berufe und Mädchen sich für die sogenannten MINT-Fächer interessieren und schließlich technische Berufe ergreifen. Der Ausbildungsplatz darf nicht daran scheitern, dass keine getrennten sanitären Anlagen verfügbar sind. Hierfür werden wir aus Landesmitteln Gelder bereitstellen.
(Seite 67)

Mit lebensbegleitenden Lernen Perspektiven sichern

Unsere Schwerpunkte bilden die branchenorientierte Weiterbildung der Fachkräfte, um sie für neue berufliche Aufgaben zu qualifizieren, sowie das digitale Lernen in der Weiterbildung. Zudem wollen wir die Vernetzung in der Weiterbildung voranbringen. Bei allen Angeboten wollen wir vermehrt Frauen – gerade auch außerhalb von sogenannten Frauenberufen – erreichen, beziehungsweise dafür sorgen, dass ihnen entsprechende Angebote zugänglich sind.
(Seite 68)

In Schleswig-Holstein gut studieren

Den Klimawandel stoppen wir nicht durch immer neue Zielvorgaben, sondern vor allem mit harter Arbeit und technologischen Innovationen. Ausgerechnet in diesem Bereich fehlen viele Nachwuchskräfte. Vor allem Frauen entscheiden sich zu selten für ein Studium im MINT Bereich für den Weg in höheren Karrierestufen. Es geht um Diversität und Repräsentation von Menschen mit interkulturellem Hintergrund oder verschiedener Geschlechter, sondern auch um ökonomische, intersektionale Gerechtigkeit.
(Seite 70)

Besser in Schleswig-Holstein wohnen

Bezahlbares Wohnen muss in allen Quartieren möglich sein. Unsere Kommunen haben mit einer verantwortungsbewussten Planung dafür Sorge zu tragen, dass für alle Einkommensgruppen und gesellschaftlich schutzbedürftige Gruppen ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht. Hierzu gehören im Besonderen Wohnungs- und Obdachlose sowie Frauen in Notlagen. Wir werden daher überprüfen, wie wir Modellprojekte, wie zum Beispiel „Housing First“, in Schleswig-Holstein umsetzen können.
(Seite 72-73)

Wir organisieren Asylaufnahme, Zuwanderung und Integration

Wir wollen dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein, schnell und unkompliziert agieren kann und sich Schutzsuchende hier sicher fühlen können. Ebenfalls stellen wir fest, dass Frauen und Mädchen in militärischen Konflikten spezifischen Gefährdungen ausgesetzt sind. Daher benötigen wir besondere Aufnahmeprogramme für Frauen und Mädchen aus Konfliktgebieten.
(Seite 82)

Wir wollen, dass geschlechtsspezifische Gründe bei der Gewährung von Asyl stärker berücksichtigt werden. Dazu gehört u.a. die Drohung mit Zwangsverheiratung oder Körperverletzung, aber auch die Verfolgung von Frauen, die sich politisch betätigen. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass dieser Teil der Istanbul-Konvention vollständig umgesetzt wird.
(Seite 83)

Quelle: <https://www.spd-schleswig-holstein.de/zukunftsprogramm/>

Von klein auf gut behütet in Kitas, Krippen und Betreuungsangeboten

Qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und bezahlbare Angebote für alle Kinder, das ist unser Ziel.
(Seite 8)

Die Mindestverfügungszeiten, also die Zeit, die Erzieher*innen und anderen für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung steht, haben wir mit der Kita-Reform bereits angehoben. Wir wollen diese um mindestens eine Stunde aufstocken.

....

Mittelfristig streben wir die Beitragsfreiheit an.
(Seite 9)

Fachkräfte stärken, Strukturen ausbauen

In der kommenden Wahlperiode wollen wir durch weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und Weiterentwicklung der Ausbildungsgänge mehr Menschen für die Arbeit in Kitas gewinnen. Genauso wichtig sind jedoch auch gute Arbeitsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten, so dass der Beruf dauerhaft attraktiv bleibt und neue Fachkräfte in die Tätigkeit einsteigen. Dazu gehört die Anhebung des Gehaltsniveaus für alle pädagogischen Beschäftigungsgruppen. Insbesondere muss die Eingruppierung der sozialpädagogischen Assistent*innen (SPA) im Standardqualitätskostenmodell (SQKM) verbessert werden
(Seite 11)

Du lernst fürs Leben – Schule

Den Grundschulen wollen wir wieder die Möglichkeiten geben, die Grundschrift als eine Schulausgangsschrift zu nutzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schüler*innen wieder ohne Nachteile gendersensible Sprache verwenden können.
(Seite 13)

Antidiskriminierung und Demokratiebildung

Die Aufklärung zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen, inter*-, nicht-binäre und trans*-Personen soll in schulische Curricula eingebunden werden. Zudem sollen Projekte zur Peerberatung initiiert und unterstützt werden.

...

Aufgrund der bisherigen Statistiken wissen wir, dass es durchschnittlich in jeder Schulklasse Kinder und Jugendliche gibt, die alltäglich sexualisierte Gewalt, sei es in der Familie, in Freizeitangeboten oder in der Schule, erleben. Wir engagieren uns dafür, dass Präventionskonzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt nicht nur auf dem Papier stehen, sondern an jeder Schule regelmäßig umgesetzt werden, damit alle Mitglieder der Schulgemeinschaft wissen, wo sie für Kinder und Jugendliche Rat und Hilfe finden.
(Seite 22)

Queer

Wir sprechen uns für die Reduktion von geschlechterdifferenzierten Angeboten im Sportunterricht zugunsten von Mixed-Sport-Angeboten aus. Wir setzen uns für einen sensiblen Umgang mit sowie eine angemessene räumliche Berücksichtigung von trans*, inter* und nicht-binären Menschen ein. Dies kann beispielsweise durch die Schaffung von All-Gender-Restrooms in Form von abschließbaren Einzelkabinen mit Waschbecken sowie einen sensiblen Umgang mit Umkleidesituationen gelingen.

Wir unterstützen ausdrücklich die Einführung vielfaltsinklusive Lehr- und Lernmittel auch über die bloße Abbildung von queeren Menschen hinaus. Damit einher geht die Qualifizierung von Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und anderen Beschäftigten an Schulen. Die Beschäftigung mit queerer Vielfalt muss hierzu in den entsprechenden Curricula verankert werden.

(Seite 23)

Hochschule und Wissenschaft

Vielfalt, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung

Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Hochschulen für mehr Studierende zugänglich sind und bessere berufliche Perspektiven in der Wissenschaft bieten. Hochschulen müssen Orte der Neugier und des Zusammenhaltes sein. Vor diesem Hintergrund lehnen wir einen Ausschluss von Frauen durch ein Verbot der Vollverschleierung ab.

(Seite 32)

Wir werden unsere Hochschulen in die Lage versetzen, adäquate Lösungen zu ermöglichen, die eine geschützte Nutzung von Toiletten und Umkleieräumen für trans*, inter, und nicht-binäre Personen erlauben. Hierzu zählt neben dem sensiblen Umgang auch die Schaffung von All-Gender-Restrooms.

Zudem werden wir in enger Absprache mit den Hochschulen sicherstellen, dass selbstgewählte Namen und Pronomen von Studierenden und Mitarbeitenden erfasst und genutzt werden, sowie eine Unterstützung der sozialen Transition auch schon vor der rechtlichen anstreben.

Regelungen, die die Repräsentation und Mitsprache von Frauen, inter*, nicht-binären und trans* Personen in der Wissenschaft sichern, müssen in allen Gremien und auf allen Ebenen gelten. Für die Besetzung von Professuren und anderen Führungspositionen ist eine konsequente Verankerung von Quoten nötig.

Wir wollen die Partizipation und Sichtbarkeit von Frauen, inter*, nicht-binären und trans* Personen in der Wissenschaft deutlich erhöhen. Dafür müssen Auswahlverfahren für Spitzenpositionen transparenter und chancengerechter gestaltet sowie die wissenschaftlichen Leistungen von Frauen ohne Gender Bias anerkannt werden.

Um die Chancengerechtigkeit für alle Menschen mit Familienaufgaben im Hochschulsystem zu gewährleisten, muss die Vereinbarkeit von Familie, Lehre und Forschung weiter erhöht werden. Außerdem muss es Alternativen zu befristeten Verträgen geben, die eine langfristige Lebensplanung ermöglichen.

Wir ermutigen und unterstützen die Hochschulen, die Auseinandersetzung mit sexueller, romantischer und geschlechtlicher Vielfalt als Bestandteil in die einschlägigen Curricula aufzunehmen.

(Seite 33)

Du verdienst Gerechtigkeit – Arbeitsmarkt

Wir setzen uns mit geeigneten Maßnahmen dafür ein, den Gender-Pay-Gap in Schleswig-Holstein offenzulegen und zu verringern. Alle Menschen, die in Schleswig-Holstein arbeiten, müssen sich sicher sein können, dass die Löhne zum Leben reichen, der Gesundheitsschutz im Job gewährleistet ist und sozial verträgliche Rahmenbedingungen für sie gelten. Wir werden die besonders Situation von Frauen in Teilzeit und im Niedriglohnssektor in den Blick nehmen und geeignete Maßnahmen ergreifen, ihre Situation zu verbessern.

(Seite 42)

Tariftreue und Abbau prekärer Arbeitsbedingungen

Wir setzen uns dafür ein, prekären Arbeitsbedingungen auch dort entgegenzuwirken, wo der rechtliche oder tarifliche Schutz von Arbeitnehmer*innen nicht ausreichend besteht, wie beispielsweise in Teilen der Fleischindustrie oder der Saisonarbeit. Besonders werden wir die Situation von migrantischen Frauen in der häuslichen 24h-Pflege in den Blick nehmen. Der Arbeitsschutz muss weiter verbessert und die Einhaltung von Mindestlöhnen kontrolliert werden.
(Seite 42)

Wir erkennen sexuelle Dienstleistungen als Arbeit an und setzen uns zum Ziel, diese zu entstigmatisieren. Gleichzeitig müssen unter Zwang arbeitende Menschen individuelle Unterstützung und staatlichen Schutz erfahren. Dazu sollen Behörden und Polizei besser geschult, die Sozialarbeit und insbesondere die aufsuchende Beratung ausgebaut werden. Wir sorgen für finanzielle Sicherheit der entsprechenden Beratungs- und Anlaufstellen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Reform des Prostituiertenschutzgesetzes ein, sodass es sich künftig am Prinzip der Unterstützung orientiert statt zu stigmatisieren.

(Seite 43)

Homeoffice und Co-Working – flexible Arbeitsformen, aber sicher

Um die flexiblere Gestaltung von Arbeit rechtlich abzusichern und zugleich Arbeitsschutz auch unter den veränderten Rahmenbedingungen zu gewährleisten, müssen das Arbeitsschutzgesetz und das Arbeitszeitgesetz reformiert werden.

(Seite 42)

Anerkennung und Weiterbildung

Zudem braucht es die Akzeptanz durch Arbeitgeber*innen, so dass flexible Arbeitszeiten, zum Beispiel berufliche Auszeiten, Bildungsurlaub tatsächlich und berufsgruppenübergreifend in allen Branchen in Anspruch genommen werden können. Wir wollen eine positive Kultur für die individuelle Weiterbildung schaffen. Diese muss sowohl strukturell als auch inhaltlich gendergerecht ausgestaltet sein.

(Seite 44)

Unser Ziel ist ein inklusiver, fairer und offener Arbeitsmarkt für alle! Mit unseren Landesprogrammen wollen wir gleiche Chancen schaffen. Dafür wollen wir zum Beispiel die guten Maßnahmen des Landesprogramms zur Arbeitsmarktintegration, Unterstützung von schleswig-holsteinischen Betrieben, Beschäftigten, Schüler*innen und Auszubildenden, von Frauen, Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen auf den qualifizierten Arbeitsmarkt sowie zur Fort- und Weiterbildung fortführen und weiterentwickeln.

(Seite 45)

Gesundheit für alle

Verhütung soll ein Thema aller Geschlechter sein, aktuell tragen allerdings weitestgehend Frauen die Kosten. Insbesondere in prekären finanziellen Situationen kann das zu sozialen Problemen und weitergehend auch ungewollten Schwangerschaften führen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass noch mehr Kommunen die Kostenübernahme von Verhütung ermöglichen.

(Seite 46)

Wir wollen das Gesundheitssystem geschlechtergerecht und diversitätssensibel machen. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege, auch abseits der zweigeschlechtlichen Einteilung, sowie zur Frauengesundheit muss gestärkt und in der medizinischen und pflegerischen Praxis besser umgesetzt werden. Deshalb werden wir uns an unseren Universitäten für die Einführung des Fachs Gendermedizin einsetzen. Wir wollen die Standardisierung des Mannes als Normgeschlecht im pharmazeutischen Bereich beenden, beispielsweise bei Studien für neue Medikamente. Auch in der Bevölkerung stärken wir die Aufklärung über die wesentlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede von typischen Symptomen bei Krankheiten. Mit Hilfe einer Frauenquote für Führungspositionen im Gesundheitswesen und besseren Arbeitsbedingungen holen wir mehr Frauen in die Führungsgremien unseres Gesundheitswesens. Dabei werden wir auch Maßnahmen implementieren, um inter*, nicht binäre und trans* Personen zu berücksichtigen. Obwohl Krankheiten bei Black, Indigenous und People of Color (BiPoC) ganz anders aussehen können, orientiert sich die medizinische Ausbildung in Fachlehrbüchern und Vorlesungen meist nur an Fotos von Weißen Patient*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Diagnostik von BiPoC als eine feste Konstante in der Ausbildung von Pfleger*innen und Ärzt*innen sowie in der Forschung fest verankert wird.

(Seite 46-47)

Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land

Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich versorgt werden. Die Gesundheitliche Versorgung in Schleswig-Holstein, insbesondere die Erreichbarkeit von Kinderstationen, die Versorgung mit Hebammen und Hausarztpraxen auf dem Land, darf nicht daran scheitern, dass Fachpersonal und Praxisnachfolger*innen fehlen.

(Seite 47)

Für eine gute Geburtshilfe

Wir stehen für eine wohnortnahe Versorgung mit Hebammen in Stadt und Land. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, setzen wir uns für bessere Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung von Hebammen und weitere Unterstützung des Bundes bei der Bezahlung der Berufshaftpflichtprämien ein.

Außerdem werden wir die Anzahl der Studienplätze in den Hebammenwissenschaften erhöhen. Oberstes Ziel ist es, in Schleswig-Holstein eine qualitativ gute Geburtshilfe sicherzustellen. Dazu gehört eine besondere Berücksichtigung der Geburtshilfeabteilungen bei der Krankenhausplanung. Auch der besondere Bedarf bei der Versorgung auf Inseln und Halligen muss berücksichtigt werden.

(Seite 50)

Sichere Schwangerschaftsabbrüche und körperliche Integrität

Noch immer werden ungewollt Schwangere in der Ausübung ihres Rechts auf körperliche Selbstbestimmung eingeschränkt. Das wollen wir ändern. Daher begrüßen wir die Abschaffung des Paragraphen 219a StGB (Informationsverbot über Schwangerschaftsabbrüche) durch die Ampelkoalition und setzen uns für eine Streichung des Paragraphen 218 StGB ein.

Insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung wirken Vorurteile und Stigmatisierung gravierend. Schwangerschaftsabbrüche dürfen nicht länger ein gesellschaftliches Tabu-Thema sein. Die Betroffenen müssen leicht zugängliche und wohnortnahe Möglichkeiten haben, diese in Anspruch zu nehmen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Beratungsinfrastruktur bedarfsgerecht zu fördern.

Wir brauchen Kompetenz und Hilfen bei der Behandlung der weiblichen Genitalverstümmelung

in Schleswig-Holstein. Diese muss über Aufklärung sowie Aus- und Weiterbildungen im sozialen und medizinischen Bereich aufgebaut werden. Mindestens eine kompetente Verweisberatung sowie Möglichkeiten der Begleitung müssen vorhanden und insbesondere für geflüchtete Menschen zugänglich sein. Ein Sachmittelfonds zur Übernahme der anfallenden Behandlungs- und Reisekosten soll Finanzierungslücken bei der Behandlung schließen. Um diese Ziele zu erreichen, setzen wir uns für eine Verbesserung der unzureichenden Datenlage zu Ärzt*innen und Praxen, die Abbrüche anbieten, ein.

Den für die Bundesländer im Schwangerschaftskonfliktgesetz bestimmten Versorgungsauftrag für die Beratungsstellen und Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen werden wir für Schleswig-Holstein konkretisieren und weitere Maßnahmen hieran ausrichten.

(Seite 50)

Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen verbessern

Wir setzen uns für eine Steigerung des allgemeinen Lohnniveaus in der Pflege ein und sorgen dafür, dass sich die Löhne in der Alten- und Krankenpflege angleichen. Darüber hinaus verfolgen wir das langfristige Ziel, eine 35-Stunden-Woche für Pflegekräfte bei vollem Lohn- und Personalausgleich umzusetzen.

(Seite 52)

Du bist mittendrin – Inklusion

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind einem hohen Risiko ausgesetzt, Opfer von sexueller, körperlicher und psychischer Gewalt zu werden. Auch im Bereich der sexual- und reproduktionsmedizinischen Versorgung fehlen meist passende Angebote. In Zusammenarbeit mit den Universitäten und dem IQSH sollen daher differenzierte Unterrichtsmaterialien für die Thematisierung im inklusiven Unterricht erarbeitet werden. Als GRÜNE setzen wir uns neben dem präventiven Abbau von struktureller Diskriminierung konkret für niedrigschwellige und barrierefreie Schutz- und Unterstützungsangebote für Frauen mit Behinderungen ein. Für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, müssen wohnortnahe Ansprechpersonen und Beratungsstellen zur Verfügung stehen, weshalb wir uns für die Erarbeitung eines landesweiten Gewaltschutzkonzepts für Frauen mit Behinderungen einsetzen.

(Seite 58)

Ankommen in Schleswig-Holstein

Sprache ist zentral, um Teil einer Gesellschaft sein zu können. Deshalb wollen wir jeder Person, die hier neu ankommt, Sprachkurse anbieten und diese Angebote ausbauen. Dabei müssen wir ein besonderes Merkmal auf Personen richten, die eine Behinderung haben, die sich um die Betreuung von Kindern oder Angehörigen kümmern, die Analphabet*innen sind oder andere Herausforderungen zu meistern haben. Für sie müssen wir angepasste Kurse in Präsenz wie auch digital anbieten.

(Seite 60)

Die Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt wird weiterhin in der Landespolitik einen hohen Stellenwert einnehmen. Sie wird auch im Asyl- und Migrationsbereich umfassend umgesetzt werden. In diesem Sinne werden wir in der Landesverwaltung das Bewusstsein für strukturelle und intersektionale Gewalt und Präventionsmöglichkeiten stärken. Landesweite Fachstellen, die Opfer von geschlechtsspezifischer Verfolgung beraten, wollen wir absichern. Wir werden Schutzkonzepte in allen Geflüchtetenunterkünften etablieren und den Zugang zu psychosozialer Versorgung und individueller unabhängiger Beratung stärken.

(Seite 60)

Beratung, Gesundheitsversorgung und Therapieangebote

Wir brauchen eine nachhaltig aufgestellte Beratungslandschaft mit guten Rahmenbedingungen, um personelle Kontinuität, Expert*innenwissen und eine unabhängige individuelle Beratung zu gewährleisten. Die Migrationsberatungsstellen bilden hierbei die Grundpfeiler und werden von spezialisierten Fachstellen für Frauen und LGBTIQ* Geflüchtete sowie für Themen wie Gesundheit und Arbeit ergänzt. Wir wollen die jetzigen Strukturen zu einem aufeinander abgestimmten Beratungsnetzwerk in Schleswig-Holstein ausbauen, stärken und wo es sinnvoll ist, verstetigen. Dazu gehören neben der Rechts- und Asylverfahrensberatung auch eine behördenunabhängige Rückkehr- und Perspektivberatung.

(Seite 61)

Öffentliche Verwaltung und Kommunen

Wir wollen, dass Frauen in Behörden gleichberechtigt adressiert und für Teilhabeangebote gewonnen werden. Ungleichbehandlungen wie zum Beispiel die Eintragung des Mannes als Hauptleistungsbezieher mit voller Kontrolle über das Familienkonto wollen wir verhindern. Mittel für die gezielte Unterstützung geflohener und zugewanderter Frauen und Mädchen in den Frauenberatungsstellen, Familienzentren und weiteren Stellen der Frühen Hilfen, wie Schwangerenberatung, wollen wir stärken. Gleichzeitig soll der hohen Belastung der Mitarbeiter*innen in den Ordnungsbehörden durch digitalisierte und automatisierte Verfahren entgegengewirkt werden.

(Seite 64)

Du hast die Hälfte der Macht – Frauen

Auch wenn Frauen rund 50 Prozent der schleswig-holsteinischen Bevölkerung ausmachen, werden sie noch immer in vielen Alltagssituationen nicht gleichberechtigt behandelt und leiden unter patriarchalen Strukturen. Dies betrifft sowohl das Privatleben von Frauen als auch die Chancengleichheit im Beruf. Das Gros der Carearbeit wird immer noch unsichtbar und unbezahlt von Frauen geleistet. Dies führt zu erheblichen gesundheitlichen und finanziellen Benachteiligungen, Einkommenseinbußen durch Teilzeit, Armutsgefährdung und Altersarmut. Die patriarchale Struktur in der Arbeitswelt, inklusive der Sorgearbeit, muss fortlaufend reflektiert und entsprechend gendergerecht verändert werden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Frauen in Schleswig-Holstein endlich volle Gleichberechtigung erfahren. Wir wollen dazu beitragen, den Frauenanteil von derzeit ca. 25 Prozent in kommunalpolitischen Ämtern deutlich zu erhöhen und Frauen gezielt dabei unterstützen, auch Führungspositionen wie Bürgermeisterin oder Landrätin anzustreben.

Geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen sind in unserer Gesellschaft immer noch an der Tagesordnung und wir halten sie für falsch, da sie individuelle Entfaltungen verhindern.

Wir setzen uns dafür ein, den internationalen Frauentag am 8. März zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. Wir gehen die systematische geschlechtsspezifische Preisdifferenzierung (Gender Pricing) bei gleichen oder sehr ähnlichen Produkten und Dienstleistungen an.

Unser Ziel ist es, Frauen im privaten und öffentlichen Raum besser vor Gewalt zu schützen.

Für Opfer von geschlechterbasierter Gewalt braucht es ein bedarfsgerechtes und niedrigschwelliges Beratungsangebot in Stadt und Land.

Im Bereich der Chancengleichheit wird das Land als Arbeitgeber weiter mit einer Vorbildfunktion vorangehen und durch gezielte Kampagnen die Repräsentation von Frauen in der Berufswelt stärken.

(Seite 72)

Schutz vor Gewalt

Die Gewalt gegen Frauen und Kinder nimmt weiterhin zu. Besonders Hilfetelefone und andere Beratungsstellen gegen Gewalt verzeichneten während der Corona-Pandemie eine Zunahme des

Bedarfs. Deswegen halten wir es für besonders wichtig, Beratungsstellen und Frauenhäuser flächendeckend auszubauen und dabei die Anzahl besonders in den ländlichen Räumen aufzustocken um sichere Anlaufstellen zu schaffen. Diese Stellen müssen eine langfristige Finanzierung erhalten und benötigen gesicherte Arbeitsplätze für starke Beratungsangebote und Frauenhäuser vor Ort. Gewalt gegen Frauen trifft Frauen allen Alters und unterschiedlichster sozialer Herkunft. Feststellen müssen wir aber, dass diese Gewalt zumeist von den männlichen Partnern oder Ex-Partnern ausgeht. Deshalb wollen wir einen Paradigmenwechsel in der Herangehensweise und diese Gewalt gegen Frauen strukturell bekämpfen.

Wir sehen Gewalt gegen Frauen als ein sicherheitspolitisch relevantes Thema, ob im häuslichen und nahen Umfeld oder im öffentlichen Raum. Wir wollen gemeinsam mit Expert*innen von den Frauenhäusern, den Frauenberatungsstellen, den KIK-Koordinator*innen, der Polizei und Männerberatungsstellen eine Strategie gegen Gewalt gegen Frauen als Thema der inneren Sicherheit erarbeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass ein landesweites Kompetenzzentrum gegen geschlechts-spezifische Gewalt aufgebaut wird. Dieses soll die vorhandene Expertise im Land bündeln. Dieses soll landesweite Fortbildungen und Beratungen für relevante Institutionen anbieten. Die Istanbul-Konvention wird weiterhin einen großen Stellenwert in Schleswig-Holstein einnehmen.

(Seite 72-73)

Gleichberechtigung

Es zeigt sich in fast allen gesellschaftlichen Bereichen, dass eine Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht ist. Gleichberechtigung muss aus der Mitte der Gesellschaft entstehen und von der Mehrheit getragen werden. Dennoch möchten wir von außen Impulse geben, um diesen gesellschaftlichen Wandel zu begünstigen.

Damit die äußeren Umstände gleicher und fairer werden, muss sich auch politisch einiges ändern. Wir werden Frauen und Mädchen daher explizit in ihrer Berufswahl, ihrer beruflichen Verwirklichung und im Bildungswesen unterstützen. Dafür möchten wir Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Studiengängen fördern und Gründerinnen unterstützen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Angebote für Frauen und Mädchen in den Bereichen Informatik, Technik und Digitalisierung auszubauen. Auch in der freischaffenden Kulturszene und in künstlerischen Leitungspositionen setzen wir uns für die Stärkung von Frauen ein. Wir unterstützen die Einrichtung von Professuren mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung in den Technikwissenschaften, unter anderem um eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Technikentwicklung zu ermöglichen.

(Seite 73)

Im Landeshaushalt wollen wir das Gender-Budgeting auf weitere Bereiche ausweiten. Hierzu werden wir eine wissenschaftliche Begleitung in Auftrag geben und die Ergebnisse auch anderen öffentlichen Verwaltungen zugänglich machen. Gleichberechtigung wird auch durch mediale Öffentlichkeit beeinflusst. Daher setzen wir uns auf Bundesebene für ein Verbot sexistischer Werbung ein.

(Seite 73)

Breiten- und Leistungssport

Wir setzen uns für die Förderung von Frauen, inter*, nicht-binären und trans* Personen in Vereinen und Verbänden ein.

Zur Förderung des Leistungssports wollen wir die Vereine unterstützen, die Förderung von jungen Leistungssportler*innen neu denken und dabei insbesondere junge Frauen sowie inter*, nicht-binäre und trans* Personen bedenken.

(Seite 82)

Du und dein selbstbestimmter Glaube – Religion und Säkularität

Wir werden zusätzlich zu den primär christlichen Feiertagen den internationalen Frauentag am 8. März als Feiertag einführen. Bei der Einführung weiterer zukünftiger Feiertage werden wir uns für den Holocaust-Gedenktag am 27. Januar sowie den 8. Mai (Tag der Befreiung) einsetzen.
(Seite 86)

Die Landesverwaltung wird Vorbild beim Klimaschutz

Die Gesamtfläche von Büroräumen in der Landesverwaltung soll bis 2035 um 20 Prozent reduziert werden. In der Arbeitswelt der Landesverwaltung sollen künftig Homeoffice-Plätze oder Coworking-Spaces einen angemessenen Anteil haben.
(Seite 94)

Handwerk

Um der ungleichen Geschlechterverteilung in Handwerksberufen zu begegnen, werden wir wirksame Instrumente implementieren, beispielsweise indem wir die Vernetzung und Sichtbarkeit von Frauen, inter*, nicht-binären und trans* Personen in Handwerksberufen erhöhen und Beratungsangebote aufbauen.
(Seite 120)

Digitale Bildung und Teilhabe, digitale Gerechtigkeit

Unser Ziel ist es, auch die digitale Welt gleichberechtigt zu gestalten. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir eine Öffentlichkeitskampagne starten, um mehr Gleichberechtigung in der IT-Branche zu schaffen und mehr Frauen, inter*, nicht-binäre und trans* Personen für Jobs in diesem Bereich zu gewinnen.

Die digitale Welt ist bisher vorrangig in (cis-)männlicher Hand. Aus dem Gleichstellungsbericht der Landesregierung geht hervor, dass gendersensible Themen, wie digitale Gewalt oder die Diskriminierung durch Algorithmen, zu wenig Berücksichtigung finden. Solange Digitalisierungsprojekte auf die Lebenswelt von cis-Männern zugeschnitten sind, führt dieses zu einem Digital Data Gap.

Damit Frauen, inter*, nicht-binäre und trans* (FINT*) Personen und ihre Interessen in der digitalen Welt besser repräsentiert werden, braucht es eine verstärkte und früh angesetzte MINT-Förderung von Mädchen, FINT* Personen, um das Interesse bereits früh zu wecken.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine paritätische Besetzung von Stellen im IT-Bereich, bei Professuren und Dozent*innenstellen in IT-Studiengängen ein. Wir wollen, dass Frauen, FINT* Personen in digitalisierungsrelevanten Gremien, bei der Technikfolgenabschätzung in Bezug auf Geschlecht, bei geschlechtergerechten Budgetentscheidungen und bei der Vergabe von Fördermitteln und öffentlichen Mitteln mehr Mitbestimmungsrecht bekommen.

Außerdem setzen wir uns für spezielle Fördermittel für IT-Projekte von Frauen, FINT* Personen und Hackathons nur für Frauen, FINT* Personen (mit und ohne IT-Hintergrund) ein.

Das Programm „Women in digital areas“ wollen wir fortführen.

Digitale Formate können die Teilnahme an Gremiensitzungen auch Menschen ermöglichen, die beispielsweise aufgrund von Kinderbetreuung an Präsenzsitzungen nur eingeschränkt teilnehmen könnten. Daher sollen diese Formate auch außerhalb von Notlagen eingesetzt werden können.

Konkret werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Ausschüsse des Landtages und kommunale Gremien künftig auf eigenen Beschluss auch außerhalb von Notlagen digitale Sitzungen abhalten können. Diese Sitzungen sollen auch in hybrider Form möglich sein und rechtskräftige Beschlüsse fassen können.

(Seite 154-155)

Für eine moderne und partizipative Verwaltung in Schleswig-Holstein

Auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, wollen wir neue Varianten zur Leitung von Verwaltungsbehörden schaffen, sodass gleichberechtigte (und paritätische) Doppelspitzen möglich werden. Dabei darf es keine Gehaltsunterschiede geben.

Bei der Besetzung, insbesondere von Leitungsstellen, sollen Diversität und Vielfalt eine größere Rolle spielen als bisher.

(Seite 161)

Polizei

Die Bekämpfung von Gewaltdelikten, insbesondere Gewaltdelikte gegen Frauen, inter*, nicht-binäre und trans* Personen sowie gegen Kinder, wollen wir noch stärker in den Fokus nehmen. Die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sehen wir daher als wesentlichen Bestandteil der GRÜNEN Innenpolitik.

Unser Ziel ist es, Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt erheblich zu senken. Hierbei setzen wir auf die Opferforschung und ganz besonders den Ausbau der Hilfs- und Beratungsangebote sowie Täter- und opferorientierte Prävention. Es gibt bereits viele polizeiliche Mittel, um häuslicher Gewalt entgegenzuwirken. Dennoch kommt es dazu, dass die Täter*innen Gewaltschutzanordnungen wiederholt übertreten. Deshalb fordern wir unter anderem: verpflichtendes Täter*innentraining auch schon nach dem ersten Polizeieinsatz, Meldeauflagen während der Wegweisung, konsequente Sanktionen bei Verstößen gegen Maßnahmen des Gewaltschutzgesetzes, Aufenthaltsgebote, Unterlassungshaft bei wiederholtem Überschreiten des Kontakt- und Näherungsverbots. Wir fordern eine gesonderte Ausweisung von kinder- und frauenfeindlichen Straftaten in der Kriminalstatistik.

(Seite 169)

Menschenhandel

Menschenhandel existiert auch in Schleswig-Holstein. So gab es immer wieder Fälle von Arbeitsausbeutung als auch Opfer von Zwangsprostitution. Die konsequente Strafverfolgung dieser Form der Organisierten Kriminalität ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Menschenhandel. Dieser wird durch den Opferschutz ergänzt. Um diesen Menschen eine Perspektive zu geben, müssen Fachberatungen gestärkt und ein echtes Bleiberecht geschaffen werden. Hierfür setzen wir uns auf Bundesebene ein. Gleichzeitig wird Schleswig-Holstein alle Möglichkeiten ausloten, um Opfer von Menschenhandel vor Abschiebung in Tatort- oder Herkunftsländer zu schützen und ihnen zu ermöglichen, hier ein gewaltfreies Leben aufzubauen. Die Fachberatung für Frauenhandel sichern wir weiterhin ab.

(Seite 170)

Prävention, Antirassismuarbeit und Deradikalisierungsstrategien

Wir unterstützen Projekte zur Adressierung von Jungen und Männern zum Thema toxische Männlichkeit und wollen Männerberatungsstellen aktiv in den Gewaltschutz für Mädchen und Frauen einbinden.

(Seite 171)

Starker Rechtsstaat

Wir wollen in der Justiz mehr Teilzeit, auch in Führungspositionen, ermöglichen. Ebenso wollen wir, dass unsere Justiz so divers wird wie unsere Gesellschaft. Insbesondere sind Black People of Color (BPoC) unterrepräsentiert. Wir wollen sie vermehrt für das Jura-Studium gewinnen und in ihrer

Laufbahn fördern. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Menschenrechtsbildung sowie Fortbildungen zu Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit fester Bestandteil des Jura-Studiums, des Referendariats und der verbindlichen Qualifizierungsmaßnahmen für Rechtsanwält*innen, Staatsanwaltschaft und Richter*innen werden.

Dies folgt dem Ziel, Jurist*innen dazu zu befähigen, rassistische, trans- / homosexuellenfeindliche und sexistische Straftaten als solche zu erkennen, diese effektiv zu verfolgen und mit den Opfern solcher Taten angemessen umzugehen.

(Seite 173-174)

Beteiligungsmanagement

Wir werden eine verpflichtende Frauenquote von mindestens 50 Prozent in Geschäftsführung und Geschäftsleitung auf erster und zweiter Ebene in Unternehmen mit Landesbeteiligung auf den Weg bringen und Maßnahmen implementieren, um auch inter*, trans* und nicht binäre Personen zu berücksichtigen.

(Seite 187)

Quelle: <https://sh-gruene.de/programm/>

Gemeinschaftsschulen ermöglichen Flexibilität

Deshalb werden wir

- ein Programm entwickeln, wie wir junge Mädchen stärker als bisher für MINT-Fächer begeistern können. Dieses Programm muss bereits in der Grundschule beginnen und in der Sekundarstufe fortgesetzt werden.

(Seite 5)

Schulische Berufsausbildung

Deshalb werden wir

- insbesondere für die Ausbildung im Beruf der Erzieherinnen und Erzieher sowie den Pflegeberufen werben, denn hier herrscht ein hoher Fachkräftemangel.

- den Zugang zu diesen Berufen attraktiver gestalten: Häufig erhalten die Schülerinnen und Schüler – anders als in der dualen Berufsausbildung – während ihrer Ausbildung keine Ausbildungsvergütung. Dies wollen wir z.B. durch eine verbesserte Ausbildungsförderung ändern.

- Modelle der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) der Erzieher und Erzieherinnen weiter fördern und unterstützen und auch für andere geeignete Berufe ermöglichen

(Seite 12-13)

Hochschulstrategie des Landes

Wir werden

- die Wissenschaftsfreiheit stärken, indem wir Extremismus konsequent entgegentreten, der Cancel Culture eine Absage erteilen, das Gendern als freiwillige, individuelle Entscheidung ohne Einfluss auf eine Benotung oder Bewertung betrachten, die Redefreiheit stärken, den Einfluss ausländischer Regime unterbinden und Zivilklauseln nicht zulassen.

(Seite 17)

Forschungs-, Lehr- und Studienbedingungen verbessern

Wir werden

- die Arbeits- und Lehrbedingungen schrittweise verbessern, z.B. durch eine entsprechende Anpassung der Lehrverpflichtungsverordnung (LVVO) vor allem mit Blick auf die Fachhochschulen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Digitalisierung und moderne Karrierewege, die auch die Diversität fördern werden. Auch für die Lehrbeauftragten und die wissenschaftlichen Hilfskräfte wollen wir die Bedingungen verbessern.

(Seite 18)

- einen Pflegestudiengang im nördlichen Landesteil etablieren, z.B. in Neumünster, der die bisherigen Angebote im Land sinnvoll ergänzen soll.

- das Unterbinden von Vollverschleierung sowie anderen extremistischen Symbolen ermöglichen bzw. unterstützen.

- keine Gender-Pflicht in universitären Prüfungen zulassen.

(Seite 18)

Kita-Reform umsetzen und stetig weiterentwickeln

Unser Ziel ist die vollständige Beitragsfreiheit. Dem müssen wir uns vor dem Hintergrund der herausfordernden Lage der öffentlichen Haushalte schrittweise nähern. Wir setzen dabei auf nachhaltige Entwicklungen und seriöse Planung. Daher soll der Beitragsdeckel in der U3-Betreuung als erstes auf das Niveau der Ü3-Betreuung abgesenkt werden. Der gemeinsame Deckel soll dann in jedem weiteren Jahr schrittweise um mindestens 10% abgesenkt werden.
(Seite 21)

Familie, Kinder- und Jugendhilfe

Auch wenn Familien in Folge von Trennungen nicht zusammenbleiben können, muss es weiterhin möglich sein, dass die einzelnen Elternteile und Kinder ihre persönliche Bindung erhalten können. Dies funktioniert vor allem, wenn es einen gemeinsamen Alltag gibt. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen geschaffen werden, so dass die Jugendämter vorrangig das Wechselmodell befördern, damit dieser gemeinsame Alltag überall dort auch stattfinden kann, wo dies unter den individuellen Voraussetzungen möglich ist.
(Seite 23)

Kultur und Kulturentwicklung in Schleswig-Holstein

Wir wollen

- stärkere Gendergerechtigkeit, Diversität und Nachhaltigkeit fördern.

(Seite 25)

Arbeitsmarktpolitik

Wir wollen

- die Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Menschen durch gezielte Maßnahmen und (Beratungs-)Angebote erhöhen.

(Seite 41)

Qualität der Ausbildung sichern und stärken

Wir wollen deshalb auch

- gezielte Angebote für Alleinerziehende unterstützen.

(Seite 41)

Eine effiziente öffentliche Verwaltung

Es ist für uns selbstverständlich, dass Frauen und Männer bei der Besetzung von Leitungsstellen gleichberechtigt behandelt werden. Eine Gleichstellung darf jedoch nicht über das Leistungsprinzip gestellt werden. Fachliche Qualifikation gilt für uns geschlechterunabhängig. Eine paritätische Besetzung von Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen ist grundsätzlich anzustreben. Dieses darf jedoch nicht dazu führen, dass für die Besetzung einer Stelle nicht die geeignetste Person ausgewählt wird. Eine verpflichtende paritätische Besetzung von Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen bei Landesbeteiligungen lehnen wir aus diesem Grunde ab.

(Seite 56)

Kommunale Gesundheitszentren

Kommunale Gesundheitszentren nach dem Büsumer Modell sollen nach Auffassung der FDP Schleswig-Holstein zukünftig häufiger die Sicherung der Versorgung im ländlichen Raum übernehmen.

Jenseits fester Kooperationen in Zentren sollten sich auch Ärzte-Netze für die fachübergreifende

Vernetzung mit Pflege, ambulanter palliativer Versorgung und Hebammen öffnen.
(Seite 61)

Damit das Land weiterhin einen Beitrag zur besseren ambulanten Versorgung leisten kann, setzen wir für eine Neuauflage des erfolgreichen Versorgungssicherungsfonds ein, damit auch künftig neue Projekte in den Bereichen Digitalisierung, Vernetzung, Mobilität und vor allem zukunftsfester Versorgungsangebote vor Ort auf den Weg gebracht werden können. Diese Förderung soll auch für die Vernetzung von ambulant tätigen Hebammen untereinander aber auch mit anderen Sektoren und Professionen zur Verfügung stehen, um hier das Versorgungsangebot zu verbessern.
(Seite 61)

Zudem sollen zur Sicherung geburtshilflicher Angebote in der Grund- und Regelversorgung Hebammen-geleitete Kreissäle an Krankenhäusern mit Pädiatrie als ergänzendes Element ermöglicht werden.
(Seite 63)

Gesundheits- und Pflegeberufe: Menschen gewinnen und stärken

So sollte die Anzahl der geförderten Ausbildungsplätze bedarfsgerecht erhöht werden und ein zweiter Studienstandort für ein Pflegestudium geschaffen werden.

Des Weiteren befürwortet die FDP Schleswig-Holstein die bundesrechtliche Öffnung der dualen Pflegeausbildung mit angemesseneren Ausbildungsvergütungen.

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege hängen vor allem von den Personalschlüsseln ab. Diese sollten bundesweit evaluiert und so angepasst werden, dass der Alltag in den Krankenhäusern und Heimen auch im Sinne einer langfristigen Tätigkeit bewältigt werden kann.

(Seite 64)

Humanitäre Flüchtlingspolitik mit klaren Regeln

- spezielle Aufklärungskurse für Frauen und Mädchen über ihre Rechte in Deutschland.

Integrationsmaßnahmen müssen grundsätzlich auf Basis der Werte des Grundgesetzes erfolgen.

(Seite 81)

Selbstbestimmte Lebensgestaltung

Wir wollen Menschen ermutigen, den Lebensweg zu gehen, der für sie der richtige ist. Wir Freie Demokraten arbeiten für ein Land, in dem Menschen selbstbestimmt leben können. Familie und Beruf sollen miteinander vereinbar sein. Dafür erweitern wir die Möglichkeiten, fördern Respekt und beseitigen Diskriminierung.

Wir werden

- die Kinderbetreuung weiter insbesondere mit Blick auf die Betreuungszeiten ausbauen und gemeinsam mit den Sozialpartnern flexible Arbeitsmodelle stärken, etwa hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsort und Arbeitsverteilung (z.B. Jobsharing).

- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wo immer möglich weiter verbessern: Dies gilt für alle Partnerschaften, inklusive Patchwork- und Regenbogenfamilien, und für alle Menschen, die Kinder erziehen.

- die Bundesregierung bei der geplanten Modernisierung des Familienrechts unterstützen: Dazu gehört unter anderem, sicherzustellen, dass elterliche Sorge gleichberechtigt zum Wohle des Kindes ausgeübt werden kann sowie Mehrelternschaften anzuerkennen.

- eine moderne Kultur der Gleichberechtigung fördern, um Bedingungen zu schaffen, die dem individuellen Menschen gerecht werden. Wir wollen den Menschen nicht zum Gegenstand von

Quotenregelungen machen. Wir wenden uns gegen alle Benachteiligungen an sich. Dies gilt auch unabhängig davon, ob es sich um eine Benachteiligung von Frauen, Männern oder diversen Menschen handelt. In diesem Sinne wollen wir unter anderem ermöglichen, dass auch Männer und diverse Menschen sich für das Amt des/der Gleichstellungsbeauftragten bewerben können.

die Bundesregierung bei der Einführung des Instituts der Verantwortungsgemeinschaft unterstützen und damit jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe zwei oder mehr volljährigen Personen ermöglichen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen. uns für das Equal Pay-Prinzip (Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit) einsetzen. Dafür unterstützen wir Initiativen zur Lohntransparenz in Unternehmen.

bei Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensgründungen Rücksicht auf spezielle Bedarfe nehmen, um z.B. auch mehr Frauen bei der Gründung von Unternehmen zu unterstützen.

(Seite 82)

Prävention, Schutz und Strafverfolgung

Selbstbestimmtes Leben muss geschützt werden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stellen wir uns genauso entschlossen entgegen wie sexualisierter Gewalt. Schleswig-Holstein schaut mit uns nicht weg, auch nicht bei Hass im Netz.

Wir werden

- gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfassend bekämpfen, unabhängig davon, ob es sich um Antisemitismus, Sexismus, Homophobie, Antiziganismus, Transfeindlichkeit, antimuslimischen Rassismus oder eine andere Ausprägung handelt.

.....

- den Schutz vor Gewalt vorantreiben. Dazu unterstützen wir beispielsweise eine Politik im Sinne der Istanbul-Konvention gegen geschlechtsspezifische Gewalt und werden Maßnahmen zur Gewaltprävention insb. an Schulen stetig evaluieren und ggf. neue Modelle testen.

- die Frauenhäuser, inklusiver dazugehöriger Kinderschutzräume, und Frauenberatungsstellen in Schleswig-Holstein stärken. Die beratende, psychosoziale und nachsorgende Arbeit für die Frauen, ebenso wie die Unterstützung bei konkreten Gewaltschutzmaßnahmen und die Vermittlung von Rechtsbeiständen ist wertvoll. Wir wollen es Frauen erleichtern, nach einem Aufenthalt in einem Frauenhaus wieder ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Dazu sind Unterstützungsangebote innerhalb und außerhalb von Frauenhäusern aufeinander abzustimmen. Wir wollen ein länderübergreifendes Onlineverzeichnis für freie Frauenhausplätze prüfen.

....

- uns dafür einsetzen, dass die Polizei auf Landes- und Bundesebene LSBTIQ-feindliche Straftaten bundesweit einheitlich erfasst.

- uns für einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit einsetzen, der Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt wirksam entgegentreten soll, unter anderem durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Polizei und Justiz.

(Seite 84)

Quelle: pdf per E-Mail am 22.03.22 von Mandy-Michellé Voigt, Referentin für Organisation und Veranstaltungen (FDP Landesverband Schleswig-Holstein) auf Anfrage

Armut wirkungsvoll bekämpfen

Über 50 Prozent der Erwerbslosen und deutlich über 40 Prozent der Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein sind von Armut bedroht. Dies betrifft vor allem Frauen und kinderreiche Familien. Über 20.000 Rentner:innen in Schleswig-Holstein sind auf Grundsicherung angewiesen.

(Seite 26)

Armut wirkungsvoll bekämpfen

Wir wollen die unverzichtbare professionelle Struktur von Frauenhäusern sowie Frauen- und Mädchenberatungsstellen erhalten und bedarfsgerecht ausbauen. Dafür ist eine finanzielle Förderung des Landes unentbehrlich. Wir wollen eine bedarfsgerechte Hilfs- und Beratungsstruktur auch für Männer weiter ausbauen.

(Seite 28)

Bessere Gesundheitsförderung und Prävention

Wir wollen die Rahmenbedingungen für den Hebammenberuf verbessern. Nach wie vor setzen wir uns für eine bezahlbare Lösung der Haftpflichtversicherung, verbindliche Qualitäts- und Betreuungsstandards durch einen gesetzlichen Rahmen und eine Änderung der Abrechnungspauschalen in der Geburtshilfe ein. Wir wollen eine echte Versorgungssicherheit und die freie Wahl des Geburtsortes in Schleswig-Holstein.

- Wir wollen eine deutsch-dänische Kooperation in der Hebammenausbildung, die Praktikumsangebote in der Grenzregion zulässt und die Attraktivität der Ausbildung steigert.

(Seite 30)

Arbeitslose umfassend und individuell fördern

- Wir wollen das Beratungsnetzwerk „Frau und Beruf“ langfristig absichern.

(Seite 31)

Junge Familien und Alleinerziehende unterstützen

Alleinerziehende sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Sie tragen meist allein die Verantwortung für die Erziehungs- und Erwerbsarbeit und müssen oftmals zurückstecken. Darüber hinaus unterliegen Alleinerziehende höheren finanziellen Belastungen durch eine verglichen mit „traditionellen“ Familienmodellen teurere Haushaltsführung. Die Corona-pandemie hat zudem gezeigt, dass Familien mit Kindern oftmals das Nachsehen haben. Wir brauchen endlich eine Familienpolitik, die ihren Namen auch verdient.

- Wir wollen das Wohngeldgesetz anpassen, sodass alle erwerbstätigen Alleinerziehenden mit kleinsten Einkommen berücksichtigt werden. Zurzeit ergeben sich für Alleinerziehende, die wegen ihres geringen Einkommens keine Einkommenssteuer zahlen müssen, erhebliche Einbußen beim Wohngeld durch das Zweite Corona-Steuerhilfegesetz.

.....

- Wir wollen, dass Leistungen und Fördermöglichkeiten für Familien zusammengefasst und bürokratische Hürden abgebaut werden, damit diese Leistungen auch digital beantragt werden können. Für viele Familien sind staatliche Förderungen zu umständlich und kompliziert zu beantragen.

.....

- Wir wollen, dass jedes Kind einen Kitaplatz bekommt und die Kosten der Kita-Betreuung in Gänze vom Staat übernommen werden.
- Wir wollen, dass auch in Zukunft kinderreiche oder geringverdienende Familien Landeszuschüsse für den Erholungsurlaub beantragen können.
- Wir wollen eine Erhöhung des Kindergelds, die den steigenden Preisen der grundversorgenden Lebenshaltungskosten angemessen angepasst wird.
- Wir wollen, dass das Kindergeld künftig nicht mehr auf die Hartz-4-Leistungen angerechnet wird (Seite 35)

Ganztagsangebote und Ferienbetreuung

Unterricht und außerunterrichtliche Angebote müssen an allen Schulen des Landes durch verbindliche Konzepte verbunden werden.

- Wir wollen den Ausbau der Ganztagsangebote wohlwollend und konstruktiv begleiten und die Ferienbetreuung ausbauen. Die Zuschüsse des Landes für Ganztagschulen wollen wir deutlich erhöhen.
- Wir wollen, dass Öffnungszeiten von Betreuungsangeboten sich stärker an den Bedürfnissen und Arbeitszeiten der Eltern orientieren, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.
- Wir wollen dafür sorgen, dass die Lücke zwischen den langen Schulferienzeiten und den meistens kürzeren Urlaubsansprüchen der Eltern geschlossen wird. Alle Familien mit Grundschulkindern müssen in den Ferienzeiten auf ein qualifiziertes Betreuungsangebot zurückgreifen können.
- Wir wollen, dass der Ganztagsanspruch erweitert wird und alle Schulkinder unter 12 Jahren am Nachmittag ein qualifiziertes Betreuungsangebot wahrnehmen können. Ob die Angebote offen oder gebunden sein sollen, muss gemeinsam mit den Schul-trägern und Eltern entschieden werden. Hier ist der Bedarf vor Ort maßgeblich.

....

- Wir wollen ein verlässliches Ferienbetreuungskonzept für Schleswig-Holstein. Dieses soll in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern und den freien Trägern der offenen Jugendhilfe erstellt werden.
(Seite 42)

Politische Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe gestalten

Wir wollen eine stärkere und geschlechtergerechte Förderung der MINT-Bereiche (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in allen Bildungsangeboten. Der MINT-Aktionsplan muss konsequent erweitert und weitergeführt werden.

(Seite 46)

Gleichstellung umsetzen

Die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe darf nicht vom Geschlecht oder der sexuellen Orientierung abhängig sein. Um dies zu garantieren, muss Geschlechtergerechtigkeit ein fester Bestandteil der Gesellschaftspolitik sein. Hier orientieren wir uns an den skandinavischen Ländern.

- Wir wollen, dass Frauen und Männer mit ihrer Arbeit gleich viel verdienen.

- Wir wollen, dass es zusätzlich zum Recht auf Teilzeitarbeit ebenso das Recht gibt, reduzierte Arbeitszeiten wieder in Vollzeit umzuwandeln. Die derzeitige Rechtslage stellt insbesondere für viele Frauen auf dem Arbeitsmarkt ein echtes Problem dar.

- Wir wollen die Erfüllung ausgewogener Geschlechterquoten.

- Wir wollen den Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöhen.

(Seite 54)

Schwangerschaftsabbruch erleichtern

Die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs stellt eine Benachteiligung dar, die den Zugang zu Informationen und ärztlicher Hilfe erschwert und eine zusätzliche psychische Belastung mit sich bringt. Der Zugang zu Informationen für Schwangere muss erleichtert und legalisiert werden.

Ärzt:innen müssen ihre Patient:innen sachlich und niedrigschwellig über die verschiedenen medizinischen Methoden eines Schwangerschaftsabbruchs informieren dürfen.

- Wir wollen, dass die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen angemessen finanziert werden. Die Träger der Beratungsstellen werden gemäß der Beratungsstellen-Kostenverordnung (BeratStKostVO) bisher nur zu 85 Prozent vom Land gefördert, die fehlenden 15 Prozent sind selbst zu erwirtschaften. Die Beratung nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz ist aber eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Deswegen fordern wir im Sinne der Gesundheitsversorgung eine hundertprozentige Erstattung der Personal- und Sachkosten für die freien Träger, die diese Aufgabe übernehmen.

- Wir wollen die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs vorantreiben, um den Betroffenen die Wahlfreiheit in einer schwierigen persönlichen Situation zu geben. § 218 des Strafgesetzbuches (StGB) muss reformiert werden.

(Seite 54)

Bessere Organisation des politischen Betriebes

Damit der Gleichheitsgrundsatz durchgesetzt werden kann, ist es wichtig, dass auf politischer Ebene feste und nachprüfbarere Ziele beschlossen und erfüllt werden. Wir sind davon überzeugt, dass mehr sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sich positiv auf Demokratie und Gesellschaft auswirkt.

- Wir wollen, dass eine ausgeglichene Geschlechterparität in Parlamenten und Volksvertretungen als gesellschaftliches Ziel gilt. Für das existierende Missverhältnis ist auch die Organisation des politischen Betriebs ausschlaggebend, darum fordern wir ein Umdenken im politischen Alltag. Es gilt, eine familienfreundlichere Ausgestaltung einzuleiten und zu überdenken, zu welchen Uhrzeiten Gremiensitzungen stattfinden.

- Wir wollen eine gerechte Aufteilung der Elternzeit für Mütter und Väter. Die Inanspruchnahme der Elternzeit darf keinen negativen Einfluss auf die berufliche Weiterentwicklung haben.

- Wir wollen jungen Eltern ein Mandats-Splitting ermöglichen. Auch Abgeordnete sollen ihren Job pausieren können, wenn sie ein Kind bekommen haben. Für diese Zeit übernimmt ein:e Nachrücker:in der Liste das Mandat.

- Wir wollen eine geschlechtergerechte Haushaltsführung im Land. Investitionen und Fördergelder müssen nach geschlechtergerechten Kriterien vergeben werden. In landespolitischen Entscheidungsprozessen müssen unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter berücksichtigt werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die partnerschaftliche Arbeitsteilung, die Selbstverwirklichung aller Menschen und die sexuelle Selbstbestimmung nicht mehr an das Geschlecht gekoppelt sind.

(Seite 55)

LSBTIQ* gleichstellen

Es ist noch ein weiter Weg bis zu einer echten Gleichstellung aller Menschen in unserer Gesellschaft. Lesbische, schwule, bisexuelle, intersexuelle und Trans*Personen werden weiterhin diskriminiert und rechtlich benachteiligt.

- Wir wollen, dass heterosexuelle und homosexuelle Paare in Fragen der Elternschaft gleichgestellt werden.
- Wir wollen ein Bund-Länder-Programm gegen LSBTIQ*-feindliche Gewalt. Dieses soll Präventionsmaßnahmen sowie Konzepte für die Fort- und Weiterbildung von Polizei und Justiz und die Unterstützung von Opferhilfeeinrichtungen beinhalten.
- Wir wollen, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in allen Lebensbereichen sichtbar wird, um deren Akzeptanz zu fördern.
- Wir wollen Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ ergänzen und dies über eine Bundesratsinitiative einfordern.
- Wir wollen die geltenden Richtlinien für gesetzlich krankenversicherte Trans*Personen im Sinne einer bedürfnisorientierten Gesundheitsversorgung überarbeiten. Dazu gehört die Kostenübernahme geschlechtsangleichender Operationen, angemessene medikamentöse Versorgung und das Recht auf Beratung für transidente Menschen.

(Seite 55)

Landespolizei stärken und weiterentwickeln

Wir wollen, dass auch die künftige Landesregierung sich dafür einsetzt, die Landespolizei perspektivisch zu gleichen Teilen mit Frauen und Männern zu besetzen, und verstärkt auch Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden.

(Seite 57)

Schutz vor Gewalt sicherstellen

- Wir wollen einen bundesweit geltenden Rechtsanspruch für alle von Gewalt betroffenen Personen.
- Wir wollen eine angemessene Finanzierung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen. Die Strukturen hierfür müssen erhalten und weiter verbessert werden.
- Wir wollen eine Fortsetzung des Investitionsprogrammes „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ nach 2023, um Neu-, Um- und Ausbau von Frauenhäusern zu fördern.
- Wir wollen eine bessere Ausstattung für die Fachberatungsstellen, damit Betroffene von digitaler Gewalt Technikberatung und Hilfeleistung erhalten können.
- Wir wollen mehr Mittel für den Aufbau von Männerschutzprojekten in die entsprechende Fachberatung und Coachingangebote investieren.
- Wir wollen die Angebote für die Menschen, die Opfer eines Verbrechens wurden, ausbauen und verstetigen. Hierbei soll auch mit bestehenden Strukturen wie dem „Weißen Ring“ zusammengearbeitet werden.

(Seite 58)

Kultur allen zugänglich machen

Wir wollen, dass öffentliche Fördergremien paritätisch besetzt werden. Wir machen uns für Geschlechtergerechtigkeit in der Kulturarbeit stark. Dieser Grundsatz muss in allen Bereichen verankert werden.

(Seite 65)

Technologischen Wandel gestalten, gute Arbeit und Mitbestimmung sichern

Wir wollen, dass Frauen und Männer mit ihrer Arbeit gleich viel verdienen.

Wir wollen, dass es nicht nur ein Recht für Frauen und Männer geben muss, in Teilzeit arbeiten zu können, sondern ebenso das Recht, reduzierte Arbeitszeit wieder in Vollzeit umzuwandeln.

...

Wir wollen in neuen Berufsbildern, in der Transformation von Berufen und in der IT-Branche das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit verankern. Mädchen und Frauen müssen besonders gefördert werden, damit alle einen gleichberechtigten Zugang zu neuen Berufen erhalten.

(Seite 77)

Quelle: <https://www.ssw.de/wahlen/landtagswahl-2022>

Leistung statt Quote - Freiheit statt Diskriminierung

Die AfD lehnt jede Art von Quoten ab. Sie sind leistungsfeindlich, ungerecht und stellen eine verfassungswidrige Diskriminierung derer dar, die nicht in den Genuss eines Quotenvorzuges kommen.

(Seite 5)

Pflegepersonal rekrutieren

Die Corona-Krise hat allen anschaulich vor Augen geführt, welche Folgen ein Mangel an ausgebildetem Personal hat. Innerhalb von weniger als zwei Jahren waren 4000 der 26000 Intensivbetten vornehmlich wegen Personalmangels abgebaut worden. Diese Fehlentwicklung war voraus zu sehen. Die AfD fordert daher, dass durch eine Reform der schwierigen Arbeitsbedingungen und durch Anhebung der Vergütungen die Pflegeberufe, Heilberufe, der Hebammen und verwandter Berufe wieder attraktiv gemacht werden.

(Seite 6)

Geburtshilfe sicherstellen – Mutter und Kind umsorgen

Seit Jahren werden bewährte Strukturen der Geburtshilfe wirtschaftlichen Interessen geopfert. Geburtsstationen in Krankenhäusern werden geschlossen, weil diese im gegenwärtigen Finanzierungssystem nicht genug Profit ermöglichen. Freiberuflichen Hebammen wird ihre gesellschaftlich unersetzbare Berufsausübung erschwert, nicht wenige Hebammen geben ihren Beruf auf. Die AfD steht für eine Familienpolitik, durch die es jungen Paaren leicht gemacht wird, sich für Kinder zu entscheiden. Wir wollen eine Willkommenskultur für Kinder. Deshalb werden wir wohnortnahe Geburtenstationen langfristig auf einem ganzheitlich hochwertigen Niveau erhalten und streben kurzfristig Wiedereröffnungen von geschlossenen Geburtenstationen an. Wir wollen die freiberufliche Tätigkeit von Hebammen und Geburtshelfern umfassend sichern und stärken, sowie den Nachwuchs für diese Berufe fördern.

(Seite 7)

Wertschätzung für die häusliche Pflege

Etwa 75% aller Pflegebedürftigen werden zu Hause von den Angehörigen versorgt und stellen damit Deutschlands größten Pflegedienst dar. Im Fokus der Gesundheitspolitik von Bund und Ländern steht jedoch die stationäre Pflege in den Einrichtungen. Pflegenden Angehörige verdienen unsere Wertschätzung und unsere Unterstützung. Deshalb wird die AfD eine Vereinbarung mit den Einrichtungen über ein festes Platz-Kontingent für Kurzzeit- und Verhinderungspflege treffen. Außerdem wollen wir die bestehende Landes-Alltagsförderungsvereinbarung zur Unterstützung Pflegenden in häuslichen Arbeiten niederschwellig ausgestalten und den monatlichen Entlastungsbeitrag von derzeit 125 Euro verdoppeln. Wir wollen pflegende Angehörige vor Verarmung durch Pflege schützen und die Möglichkeit einer proaktiven Beratung der Pflegenden einführen.

(Seite 9)

Sozialleistungen bei Mehrfachehen

Die AfD will islamisch geprägte Polygamie und Zwangsehen unterbinden. Wir fordern daher, das Verbot der religiösen Trauung vor einer standesamtlichen Eheschließung wieder in Kraft zu setzen. Um die missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen bei Zweit- und Drittfrauen und deren

Kindern zu verhindern, setzen wir uns für einen Austausch zwischen Jobcentern und Standesämtern zu Personenstandsangaben ein. Eheverträge zu güter- und unterhaltsrechtlichen Angelegenheiten sollen nur nach deutschem Recht geschlossen werden dürfen.

(Seite 12)

Familien mit Kindern sind das Fundament unserer Gesellschaftsordnung

Die AfD bekennt sich zum Leitbild der traditionellen Familie. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. In der Familie sorgen Mutter und Vater in dauerhafter gemeinsamer Verantwortung für ihre Kinder. Diese natürliche Gemeinschaft bildet das Fundament unserer Gesellschaft. Die originären Bedürfnisse der Kinder, die Zeit und Zuwendung ihrer Eltern brauchen, stehen dabei im Mittelpunkt allen staatlichen Handelns. Erziehungsleistungen müssen in unserer Gesellschaft wieder stärker ideell und finanziell anerkannt werden.

Es muss erstrebenswert sein, eine Ehe einzugehen und in dieser Ehe Kinder liebevoll zu erziehen. In den bedauerlichen Fällen, in denen ein Elternteil die Erziehungsleistung allein tragen muss, bedarf es besonderer Unterstützung vom Staat.

Die in den letzten Jahren immer weiter stattgefundenen Übernahmen der elterlichen Erziehungsaufgaben durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des Gender-Mainstreaming und die allgemeine Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit.

(Seite 13)

Nein zu staatlich verordneter Gleichmacherei und Frühsexualisierung

Die Ideologie des Gender Mainstreaming leugnet naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau wird schon heute durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch zerstört. Die AfD lehnt diese Geschlechterpädagogik als massiven Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das Elternrecht auf Erziehung ab.

Die AfD setzt sich dafür ein, die im GG verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau unabhängig von der Gender-Ideologie weiter voranzutreiben.

- Quotenregelungen, die mit der Gender-Ideologie begründet werden, abzuschaffen, da Quoten grundsätzlich kein geeignetes Mittel sind, um weiter die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu erreichen.

- in den Schulen Schleswig-Holsteins zu einem altersgemäßen Sexualkundeunterricht zurückzukehren, der eben nicht durch sogenannte „Sexualexperten“, sondern durch Klassen- bzw. Fachlehrer erteilt wird. Eine aus falsch verstandener Toleranz gelehrte „Sexualerziehung der Vielfalt“ und die damit einhergehende Frühsexualisierung von Kindern ist zu unterbinden.

- Die AfD fordert für die Gesellschaft Familienbeauftragte statt Gleichstellungsbeauftragte.

(Seite 13-14)

Familien schaffen Werte und brauchen echte Unterstützung

Familien sind gegenüber Kinderlosen deutlich finanziell benachteiligt, wie das Bundesverfassungsgericht bereits 2001 bestätigt hat. Familienarmut und eine anhaltend niedrige Geburtenrate sind die Folge. Kinder werden in der Politik und den Medien zunehmend als karrierehemmender Ballast dargestellt. Die AfD wendet sich gegen die Stigmatisierung traditioneller Geschlechterrollen und Familienentwürfe.

Durch die spezielle Förderung von Familien mit mehreren Kindern möchte die AfD zudem dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

Die AfD fordert daher gezielte finanzielle Unterstützung für Familien

- Willkommensgeld für Neugeborene
- Steuerfreiheit ab dem dritten Kind für verheiratete Eltern
- Landeserziehungsgeld für jedes Kind
- eine stärkere Berücksichtigung von Anzahl der Kinder und Erziehungsleistung bei der gesetzlichen Rente und bei der Beamtenversorgung
- Familien-Splitting als Ergänzung zum Ehegatten-Splitting
- Zinsloses Darlehen für den Erwerb von Wohneigentum
- Beitragsfreier Kindergartenbesuch oder gleichwertige Unterstützung der Eltern für die Erziehung

Die AfD setzt sich ein für

- eine tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern bei der Säuglings- und Kleinkinderbetreuung, die elterliche und familiennahe Betreuung durch Großeltern und Tagesmütter einschließt
 - Beratung und Unterstützung bei der Rückkehr in den Beruf für beide Elternteile
 - Finanzielle Förderung des Berufseinstiegs, insbesondere nach mehrjähriger Erziehungsarbeit
 - Förderung von Betriebskindergärten durch die Gemeinden
 - Beendigung der massiven finanziellen Benachteiligung der Eltern, die ihre Kleinkinder selbst betreuen
 - Umbenennung des Ministeriums für „Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung“ in Ministerium für „Familie, Soziales, Gesundheit und Wissenschaft“
- (Seite 14)

Alleinerziehende unterstützen

Die AfD setzt sich ein für:

- ein Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht, das die Anerkennung von Erziehungszeit berücksichtigt und damit auch Alleinerziehende und Unterhaltszahlende mit einbezieht.
 - eine Stärkung des Zusammenlebens von Mutter, Vater und Kindern durch finanzielle Hilfen und Beratung in Krisensituationen
 - staatlich oder kirchlich organisierte Freiwilligendienste für Babysitter-Notdienste im Rahmen „DEIN JAHR FÜR DEUTSCHLAND“
 - Beratung und Hilfen durch die von uns geforderten Familienbeauftragten
- (Seite 14-15)

Die AfD setzt sich für den Schutz des ungeborenen Lebens ein

Die AfD möchte die Anzahl der Babyklappen in Schleswig-Holstein ausbauen. In den Augen der AfD ist jedes werdende Leben schützen- und erhaltenswert. Abtreibung ist kein Menschenrecht, sondern Unrecht am ungeborenen Leben. Gemäß §218 sind Abtreibungen grundsätzlich verboten, bleiben jedoch in definierten Ausnahmefällen straffrei. Die AfD setzt sich dafür ein, den §218 in seinem ursprünglichen Sinne anzuwenden. Das bedeutet beispielsweise, dass wegen der Unumkehrbarkeit einer Abtreibung die vorgeschriebene Beratung nicht durch Organisationen, die Abtreibungen befürworten oder durchführen, erbracht werden darf. Es muss sichergestellt werden, dass Gründe, die gegen eine Abtreibung sprechen, und Folgen einer Abtreibung deutlich zur Sprache kommen und für die Entscheidung berücksichtigt werden.

Hilfsangebote für betroffene Frauen müssen unterstützt werden. Viele Frauen werden von dem Vater ihres Kindes, der Familie oder anderem Umfeld zu einer Abtreibung gedrängt.

Hilfsangebote, die es Frauen ermöglichen, sich diesem Druck zu entziehen, müssen gefördert werden, sowie Möglichkeiten, ihr Kind gegebenenfalls auch alleine zu erziehen und in würdigen Umständen zu leben. Freigabe zur Adoption ist eine Alternative. Diese Möglichkeiten müssen so

verfügbar sein, dass möglichst keine Frau ihr Kind ohne medizinische Betreuung alleine zur Welt bringt und an einer Babyklappe abgibt oder gar durch eine Abtreibung ihr Kind töten lässt.
(Seite 15)

Weibliche Verschleierung

Die Verschleierung der Frau in der Öffentlichkeit ist weder ein modisches Accessoire noch eine ethnische oder religiöse Tracht. Sie dient vielmehr der kulturellen und religiösen Abgrenzung islamischer Frauen und Mädchen zu unserer deutschen Kultur und stellt damit ein nicht zu tolerierendes Integrationshemmnis dar. Die AfD steht für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen und stellt sich gegen die Unterdrückung muslimischer Frauen. Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland untersagen, ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz.

(Seite 15)

Die AfD lehnt das Tragen eines Kopftuchs als religiös-politisches Zeichen im Öffentlichen Dienst generell ab. In der Schule darf es weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen getragen werden. Wir werden uns einsetzen, hierfür die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen.

(Seite 18)

Gender-Forschung abschaffen

Die AfD wird sich dafür einsetzen, bestehende Gender-Lehrstühle nicht neu zu besetzen und laufende Projekte nicht zu verlängern. Die sogenannte Gender-Forschung erfüllt nicht die Ansprüche einer seriösen Wissenschaft. Der Wildwuchs an Studiengängen in den Geistes- und Sozialwissenschaften ist kritisch auf Wissenschaftlichkeit zu überprüfen.

(Seite 18)

Politische Bildung und "Bildung für nachhaltige Entwicklung"

Der Landesbeauftragte für Politische Bildung verfolgt ein einseitig ausgerichtetes Programm, das in weiten Teilen gemeinsam mit linksgerichteten Organisationen angeboten wird. Damit setzt er die unselige Fokussierung auf eine einseitige Erinnerungskultur und sachfremde Ideologieprojekte wie Gender, Klima oder Massenmigration fort, die in den Schulen Fuß gefasst hat. Die AfD lehnt eine solche Programmatik ab und fordert eine echte Ausgewogenheit in der Politischen Bildung.

(Seite 20)

Wir wollen, dass das Kopftuch als religiöses oder politisches Zeichen im Öffentlichen Dienst generell nicht gestattet und in öffentlichen Schulen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen getragen wird. Dies betrachten wir als eine der wichtigsten Bedingungen für eine gelingende Integration. Das Kopftuchverbot trägt zur Wahrung des Schulfriedens bei und ermöglicht jungen Mädchen eine freie Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung.

(Seite 37)

Deutsche Kultur und Identität erhalten

Die AfD wehrt sich gegen jede Art von Sprach-, Denk- und Meinungszensur. „Politische Korrektheit“ ist schon längst zur Politischen Kontrolle geworden, die der freien Meinungsäußerung entgegensteht und die es deshalb zu bekämpfen gilt.

Wir lehnen das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft sowie der Parallelgesellschaften ab. Die AfD bekennt sich zu drei Säulen, auf denen unsere heutige Kultur fußt und die unsere kulturelle Identität bilden: die griechisch-römische Klassik, den christlichen Wertekanon, die Aufklärung. Die AfD ist die einzige größere Partei in Deutschland, die sich explizit dem Schutz und der Wertschätzung der deutschen Sprache und Kultur verschrieben hat. Dazu gehören auch regional existierende Dialekte und Mundarten sowie die niederdeutsche und die friesische Sprache. Die AfD lehnt die Verwendung von Anglizismen und der sogenannten Gendersprache im öffentlichen Sprachraum ab, insbesondere in Behörden und Bildungseinrichtungen. Die AfD setzt sich für eine stärkere Verwendung der deutschen Sprache in den Medien und der Werbung ein.
(Seite 41)

Staatlich verordnete Auflagen und Quoten, die in die künstlerische Freiheit oder wirtschaftliche Unabhängigkeit eingreifen, sind abzulehnen. Kunst im öffentlichen Raum stellt eine Bereicherung dar, sollte jedoch nur nach Einbeziehung der „betroffen-en“ Bürger in Auftrag gegeben werden.
(Seite 41)

Quelle: <https://afd-sh.de/2022/02/25/programm-der-afd-schleswig-holstein-zur-landtagswahl-2022/>